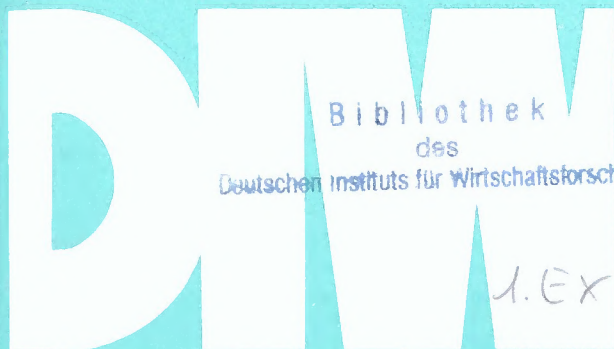




A 22127 C

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99	
Weltwirtschaft im Zeichen der Währungskrisen in Asien	469
Wirtschaftliche Belebung in Deutschland ohne durchgreifende Dynamik	479

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 27/98

Berlin

Bibliothek

2. Juli 1998

65. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99

Weltwirtschaft im Zeichen der Währungskrisen in Asien

Die Finanzkrisen in Asien werfen dunkle Schatten auf eine noch aufwärtsgerichtete weltwirtschaftliche Entwicklung. Die zum Teil drastischen Abwertungen vieler asiatischer Währungen, zuletzt des Yen, lassen weltweit Verwerfungen im internationalen Leistungsaustausch befürchten, die das Wirtschaftswachstum auch in Europa und Nordamerika beeinträchtigen können. Es droht eine Abwertungsspirale, weil jedes Land einen niedrigeren Wechselkurs zur Erholung für notwendig hält und die Finanzmärkte dies antizipieren.

Bisher waren die Rückwirkungen der Finanzkrise auf Europa und Amerika gering (Tabellen 1 bis 3). In Nordamerika verstärkten sich die primär binnenwirtschaftlich begründeten Auftriebskräfte im sechsten Jahr des Aufschwungs sogar noch. In der Europäischen Union, vor allem in den Ländern, die an der Währungsunion teilnehmen (EWU), festigte sich die Aufwärtsentwicklung. Hier nahmen insbesondere die Exporte weiter kräftig zu; aber auch die Binnennachfrage belebte sich vielfach. Dagegen sind viele Länder, deren Währungen stark abgewertet haben, wie Korea, Thailand und Indonesien, und die noch vor einem Jahr eine hohe Wachstumsdynamik aufwiesen, mit dem Scheitern einer Politik gebundener Wechselkurse in eine tiefe Krise gestürzt.¹ Auch Japan befindet sich seit Herbst vergangenen Jahres in einer Rezession. Damit hat die asiatische Krise an Schärfe gewonnen, denn das Gewicht Japans für den innerasiatischen Handel ist sehr hoch.

Rezession in Japan

Japans Wirtschaftsleistung ging im Winterhalbjahr deutlich zurück. Die vorläufigen Schätzungen für das erste Quartal 1998 zeigen insbesondere Einbrüche bei den Ausüstungsinvestitionen, den gewerblichen Bauinvestitionen und bei den Exporten (Abbildung 1). Auch die Nachfrage der privaten Haushalte geht zurück. Mit einer stark rückläufigen Importnachfrage belastet Japan zudem die südostasiatische Region. In der Zwischenzeit greift die Rezession auch auf den Arbeitsmarkt über, und die Arbeitslosenquote stieg zuletzt deutlich auf 4,1 %.

Zwar ist die Geldpolitik in Japan seit Jahren expansiv ausgerichtet, doch blieb sie bisher weitgehend wirkungslos. Angesichts erneut sinkender Erzeugerpreise verstärken sich die deflatorischen Erwartungen. Die Geldpolitik hat ihren Spielraum nach unten fast vollständig ausgeschöpft. Weitere Impulse durch Zinssenkungen entfallen daher als stabilisierende Elemente, die Liquiditätsfalle ist zugeschnappt. Allein die Erwartungen der Marktteilnehmer kann die Zentralbank noch dadurch beeinflussen, daß sie eine glaubwürdige Reflationierungspolitik betreibt. Dazu gehört, daß sie — wie jüngst geschehen — dauerhaft hohe Liquidität zur Verfügung stellt. Im übrigen bleibt die fiskalpolitische Expansion.

¹ Vgl. Finanzkrisen in Asien: Realistische Währungspolitik erforderlich. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 26/98. Bearb.: Gustav A. Horn und M. Schrooten.

Tabelle 1

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

	Gewichte ¹⁾ 1996 in %		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise		
			Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
	BIP	deutsche Ausfuhr	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Deutschland	10,8		2,2	2,6	2,1	1,2	2,1	1,5	1,8	1,0	1,1
Frankreich	7,0	15,0	2,3	2,8	2,7	1,0	3,2	3,2	1,2	1,0	1,5
Italien	5,5	10,2	1,5	1,9	2,5	2,5	2,3	2,3	1,8	2,0	2,0
Spanien	2,7	4,9	3,4	3,4	3,1	2,7	3,2	3,3	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,8	10,3	3,4	3,4	3,7	3,6	2,7	3,3	2,1	2,5	2,5
Belgien	1,2	8,5	2,5	3,0	3,0	2,5	2,5	3,5	1,6	1,5	2,0
Österreich	1,0	7,8	2,5	3,0	3,0	2,4	2,0	2,5	1,3	1,5	1,5
Finnland	0,6	1,3	5,9	4,5	4,0	4,3	4,5	4,0	1,2	2,0	2,0
Portugal	0,5	1,4	3,8	4,0	4,0	4,4	4,0	3,5	2,1	2,0	2,5
Irland	0,3	0,6	10,5	9,0	7,5	8,5	8,0	7,0	1,4	2,5	2,5
Luxemburg	0,1	.	3,5	3,5	3,5	4,1	3,0	3,0	1,4	1,5	1,5
EWU-Länder	31,5		2,5	2,8	2,7	1,9	2,6	2,5	1,7	1,4	1,6
EWU-Länder ohne Deutschland	20,7		2,6	2,9	3,0	2,3	2,9	3,0	1,6	1,7	1,9
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾		60,0	2,7	3,0	3,1	2,5	2,8	3,1	1,6	1,7	1,9
Großbritannien	5,3	10,9	3,3	1,9	1,6	3,7	3,1	2,4	3,1	3,0	3,0
Schweden	1,1	3,3	1,8	2,5	2,5	0,4	2,5	2,0	0,9	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,5	3,4	3,0	3,0	4,2	2,5	3,0	2,1	2,5	2,0
Griechenland	0,6	1,0	3,5	3,5	4,0	4,0	3,5	4,0	5,6	5,0	4,0
Europäische Union	39,3		2,6	2,7	2,5	2,2	2,7	2,5	1,9	1,7	1,9
Europ. Union ohne Deutschland	28,5		2,7	2,7	2,7	2,6	3,0	2,9	1,9	2,0	2,1
Europ. Union ohne Deutschland ³⁾		77,7	2,8	2,8	2,8	2,6	2,8	3,0	1,9	2,0	2,1
Schweiz	1,4	6,5	0,7	2,0	2,5	0,1	1,5	2,5	0,6	1,0	1,5
Norwegen	0,7	1,1	3,5	3,5	4,0	6,2	3,5	3,0	2,5	2,5	3,0
Westeuropa	41,4		2,5	2,7	2,6	2,2	2,7	2,5	1,9	1,7	1,9
USA	34,9	10,3	3,8	3,8	2,2	4,2	5,1	3,4	2,4	2,0	2,5
Kanada	2,7	0,7	3,7	3,5	2,6	5,4	3,7	3,3	1,6	1,0	1,5
Japan	21,0	3,7	0,8	−1,1	1,5	−0,5	−1,7	1,1	1,8	0,7	0,9
Außereurop. Industrieländer	58,6		2,7	2,0	2,0	2,6	2,6	2,6	2,1	1,5	1,9
Außereurop. Industrieländer ³⁾		14,7	3,1	2,6	2,0	3,1	3,3	2,8	2,2	1,6	2,1
Insgesamt	100,0		2,6	2,2	2,1	2,4	2,7	2,6	2,0	1,5	1,8
Insgesamt ohne Deutschland	89,2		2,6	2,2	2,1	2,6	2,7	2,7	2,0	1,6	1,9
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾		100,0	2,7	2,7	2,7	2,6	2,8	2,9	1,8	1,9	2,1

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1996 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1996; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1998 und 1999 Prognose des DIW.

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe von Waren und Dienstleistungen		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Deutschland	0,2	1,5	2,0	-0,4	0,5	0,2	0,2	2,5	1,9	10,7	10,6	5,8	7,0	9,0	3,9
Frankreich	0,9	3,1	3,4	1,2	1,0	1,2	0,3	3,4	5,1	12,2	7,1	4,1	7,8	8,6	5,8
Italien	2,4	1,9	2,8	-0,7	0,3	-0,3	0,6	3,4	3,7	6,3	5,9	4,0	11,8	8,1	3,0
Spanien	3,1	2,9	3,5	0,7	1,8	1,2	4,7	5,4	4,3	12,9	12,6	8,6	10,1	11,7	9,1
Niederlande	3,1	3,3	3,4	2,2	1,6	1,2	6,2	3,6	4,3	5,6	7,3	6,3	6,3	6,6	6,1
Belgien	1,5	2,0	2,5	0,5	1,5	1,5	3,0	3,5	4,0	5,0	5,5	5,0	5,0	5,5	5,5
Österreich	0,7	2,0	2,5	0,9	1,0	1,0	3,6	4,0	5,0	6,8	7,5	6,5	6,4	6,0	5,5
Finnland	3,0	4,0	3,5	-0,3	1,0	1,0	11,3	8,5	7,0	12,8	7,0	6,0	9,3	7,0	6,5
Portugal	3,5	3,5	3,5	1,5	1,5	1,0	10,0	8,0	6,0	8,0	9,0	8,5	8,0	7,5	6,0
Irland	8,0	7,0	6,0	3,0	2,0	2,0	16,0	11,0	10,0	12,0	11,0	9,5	10,0	10,5	9,5
Luxemburg	3,0	2,5	2,5	4,0	1,5	2,0	8,0	4,0	4,0	4,5	4,5	4,5	5,0	4,0	4,0
EWU-Länder ¹⁾	1,4	2,3	2,8	0,3	0,8	0,6	1,8	3,5	3,6	9,2	8,3	5,6	7,9	8,2	5,2
EWU-Länder ohne Deutschland ¹⁾	2,0	2,7	3,2	0,7	1,0	0,8	2,7	4,1	4,6	8,6	7,4	5,5	8,2	7,9	5,7
Großbritannien	4,6	3,9	2,7	-0,5	0,2	1,4	4,8	2,5	2,0	8,0	3,0	2,4	9,2	6,7	4,9
Schweden	2,0	2,5	2,5	-2,1	0,0	0,0	-4,8	4,0	4,5	12,8	5,5	5,5	11,7	6,0	5,5
Dänemark	4,1	3,0	2,5	2,9	2,0	1,0	7,2	4,0	3,5	4,5	5,0	4,5	7,0	4,0	4,0
Griechenland	2,5	2,0	2,5	1,5	1,0	1,0	11,0	10,0	10,0	5,5	6,5	6,5	6,0	5,0	5,5
Europäische Union ¹⁾	2,0	2,6	2,8	0,1	0,7	0,7	2,2	3,5	3,6	9,1	7,4	5,1	8,2	7,8	5,1
Europ. Union ohne Deutschland ¹⁾	2,6	2,9	3,0	0,4	0,8	0,9	3,1	4,0	4,3	8,6	6,5	4,9	8,5	7,4	5,5
Schweiz	0,9	1,5	2,0	-0,3	0,0	1,0	-1,5	2,5	4,0	8,2	5,0	5,0	6,7	4,0	4,5
Norwegen	3,0	2,5	2,5	2,6	2,0	2,0	15,1	3,5	4,0	4,1	5,0	6,0	11,9	5,0	4,0
Westeuropa ¹⁾	1,9	2,5	2,7	0,2	0,7	0,7	2,3	3,5	3,6	8,9	7,2	5,1	8,2	7,6	5,1
USA	3,3	4,6	4,0	1,2	-0,1	1,0	6,5	10,9	6,9	12,3	4,1	4,6	14,2	12,5	12,0
Kanada	4,1	4,4	4,2	-0,1	0,5	1,1	11,4	4,2	4,8	8,0	7,9	7,6	13,3	8,4	9,4
Japan	1,1	-0,6	1,1	-0,1	1,0	0,6	-3,5	-4,6	1,6	10,8	-0,1	3,9	-0,2	-4,6	0,9
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	2,6	2,9	3,0	0,8	0,2	0,9	1,8	3,1	4,2	11,2	3,4	4,8	10,2	7,4	8,7
Insgesamt ¹⁾	2,3	2,7	2,9	0,5	0,5	0,8	2,0	3,2	4,0	9,7	5,9	5,0	9,0	7,5	6,5
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,6	2,9	3,0	0,6	0,5	0,9	2,2	3,3	4,2	9,6	5,1	4,9	9,3	7,3	6,9

¹⁾ Gewichte 1996 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1996 (Jahresdurchschnitt). Export- und Importentwicklung: Gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1998 und 1999 Prognose des DIW.

Die Regierung sah sich daher in diesem Frühjahr gezwungen, wieder auf eine expansive Finanzpolitik umzuschwenken. In diesem und im nächsten Jahr sollen umgerechnet über 200 Mrd. DM, etwa 3½ % des Bruttoinlandsprodukts, für temporäre Steuerentlastungen und höhere Staatsausgaben eingesetzt werden. Der tatsächliche Nachfrageimpuls dürfte allerdings mit 1½ % des Bruttoinlandsprodukts deutlich geringer ausfallen, da die

Sparneigung der privaten Haushalte steigt und ein Teil der Mittel zur Stützung des Bankensektors eingesetzt wird.

Letztlich werden diese Impulse zwar die wirtschaftliche Entwicklung, besonders im zweiten Halbjahr 1998, stabilisieren. Doch dürfte damit ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1 % in diesem Jahr nicht mehr zu verhindern sein. Nur wenn die Abwertung des Yen gebremst wird und

Tabelle 3

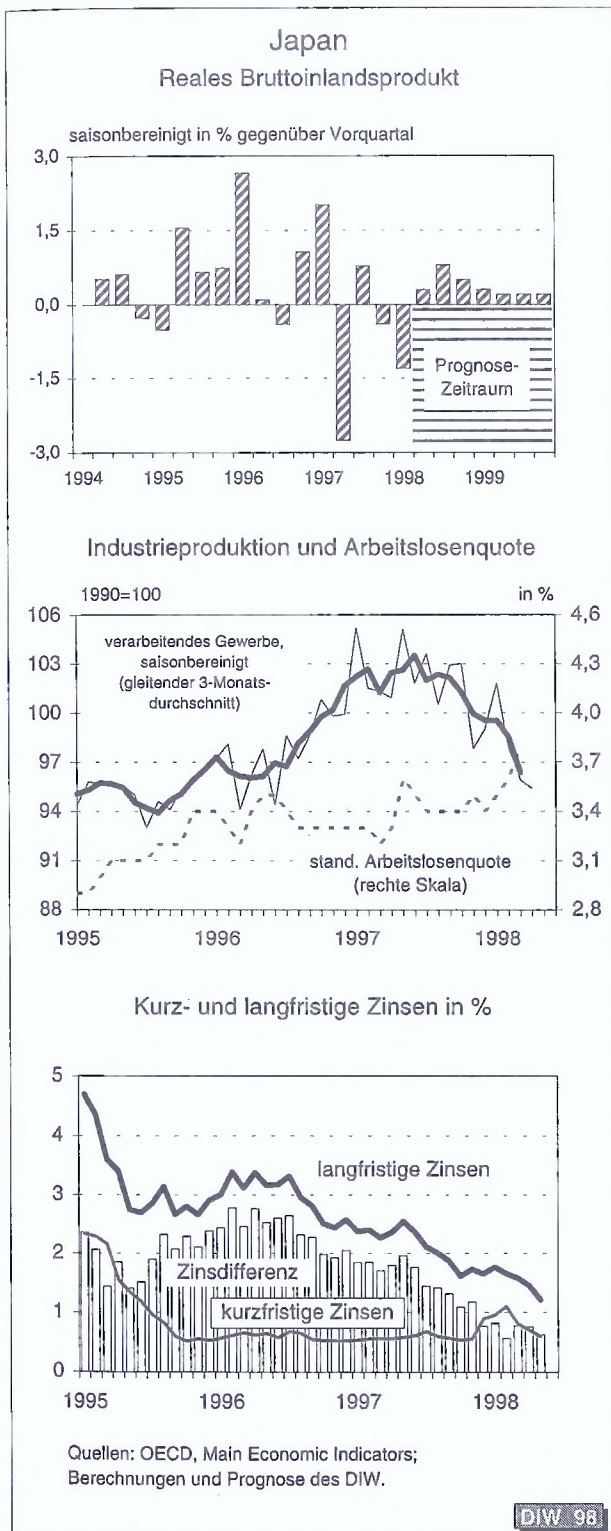
**Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten
in den westlichen Industrieländern**
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾				
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit										
	in Landeswährung												in SZR	
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1996	1997
Deutschland	8,9	8,8	4,4	0,2	1,4	2,5	6,6	6,0	2,3	-1,9	-1,2	0,5	-0,8	-10,2
Frankreich	4,9	6,5	7,5	2,8	3,5	3,5	2,5	3,5	4,5	0,5	0,5	1,0	3,4	-7,1
Italien	3,6	5,5	6,4	4,7	3,5	4,0	2,0	3,5	3,7	3,2	1,6	1,4	15,7	-1,4
Spanien	6,0	8,0	7,0	4,0	4,5	4,5	2,5	4,5	4,0	0,5	1,0	1,5	5,8	-8,3
Niederlande	9,5	8,0	8,0	3,5	4,0	4,5	6,0	4,5	4,0	0,0	0,5	1,0	-0,1	-8,8
Belgien	8,0	7,0	7,5	3,0	3,5	3,5	5,0	4,5	4,5	0,5	0,5	0,5	-0,7	-8,2
Österreich	6,7	11,0	9,5	2,0	3,0	3,0	4,0	8,0	6,0	-0,5	0,0	0,0	-1,0	-8,9
Finnland	14,7	10,5	10,0	4,0	4,0	4,0	8,5	5,5	6,0	-2,0	-0,5	0,0	0,4	-8,5
Portugal	9,5	9,5	8,5	5,0	4,5	5,0	5,5	5,0	4,5	1,0	0,5	1,0	5,3	-6,2
Irland	18,5	13,0	12,0	7,5	7,5	6,5	7,0	3,5	4,0	-2,5	-1,5	-1,0	3,1	-2,4
Luxemburg	8,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,1	-7,3
EWU-Länder ³⁾	6,6	7,4	6,4	2,0	2,6	3,1	4,7	4,8	3,7	-0,1	0,1	0,8	3,1	-7,5
EWU-Länder ohne Deutschland ³⁾	5,6	6,8	7,1	3,1	3,3	3,4	3,9	4,2	4,3	0,8	0,6	0,9	4,8	-6,3
Großbritannien	6,3	6,0	5,0	6,5	4,5	4,5	3,0	4,0	3,5	3,1	2,5	3,0	6,3	14,2
Schweden	0,5	6,5	4,5	4,0	4,0	4,5	-1,5	4,0	2,0	2,0	1,5	2,0	16,5	-5,5
Dänemark	1,7	7,0	7,0	6,5	5,0	5,0	-1,5	4,0	4,0	3,0	2,0	2,0	1,9	-4,6
Griechenland	13,5	10,0	9,0	9,0	7,0	7,0	9,5	6,0	4,5	5,5	3,5	3,0	9,1	-1,9
Europäische Union ³⁾	6,5	7,2	6,2	2,9	3,0	3,4	4,1	4,6	3,6	0,5	0,5	1,1	4,0	-4,7
Europ. Union ohne Deutschland ³⁾	5,8	6,8	6,8	4,0	3,7	3,8	3,3	4,2	4,0	1,3	1,1	1,3	5,6	-2,8
Schweiz	0,2	9,0	11,5	1,0	1,5	2,0	-0,5	7,0	9,0	0,5	-0,5	-0,5	0,7	-9,7
Norwegen	11,5	8,0	10,5	4,0	5,0	5,0	7,5	4,5	6,5	0,5	1,5	1,0	4,9	-3,3
Westeuropa ³⁾	6,5	7,3	6,4	2,9	3,0	3,4	4,0	4,7	3,9	0,5	0,5	1,1	3,9	-4,8
USA	6,5	4,5	5,5	6,2	5,0	4,5	2,6	1,0	3,5	2,4	1,0	2,5	6,8	8,0
Kanada	7,1	7,0	8,0	3,8	5,5	5,0	3,3	3,5	5,0	0,1	2,0	2,5	6,5	4,0
Japan	-0,4	-7,5	5,5	2,9	1,5	1,5	-1,2	-6,5	4,0	1,8	2,5	0,0	-11,6	-3,4
Außereurop. Industrieländer ³⁾	4,3	0,7	5,6	4,9	3,8	3,5	1,5	-1,1	3,9	1,8	1,7	1,7	0,6	3,6
Insgesamt ³⁾	5,3	3,6	6,0	4,1	3,5	3,4	3,1	2,6	3,9	1,0	0,9	1,3	2,7	-1,8
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	4,9	3,1	6,1	4,6	3,7	3,5	2,5	2,0	4,2	1,5	1,3	1,4	3,4	-0,3

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — ³⁾ Gewichte 1996 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1996 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen; der Anteil Luxemburgs ist bei Belgien enthalten.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW; 1998 und 1999 Prognose des DIW.

Abbildung 1



sich die Krise in Asien nicht weiter verschärft, könnte es in Japan im nächsten Jahr gelingen, ein bescheidenes Wachstum von 1½ % zu erreichen.

Zu spät, zu schwach und zu unentschlossen wurden in Japan die binnenwirtschaftlichen Weichen auf Expansion gestellt. Die Geldpolitik schlug erst 1993 und verstärkt 1994, also erst 3 bis 4 Jahre nach Beginn der Krise, einen prononciert expansiven Kurs ein. Dies war zu spät, um die Probleme des Bankensektors in den Griff zu bekommen.

Auch die Finanzpolitik reagierte langsam (1993) und wenig konsequent auf die Krise. Erst das Konjunkturprogramm von 1996 versprach aufgrund seiner Dimensionierung Erfolg, und erste Tendenzen einer Erholung wurden sichtbar. Dies führte rasch wieder zu einem Kurswechsel in Richtung auf Konsolidierung, der die aufkeimende konjunkturelle Dynamik zum Stillstand brachte. Die Unstetigkeit und die Unklarheit über das Ausmaß der Expansion dürften die Wirksamkeit der fiskalpolitischen Maßnahmen nachhaltig beeinträchtigt haben. Alles in allem hat die Wirtschaftspolitik in Japan es nicht vermocht, das Wachstum auf längere Frist merklich zu steigern.

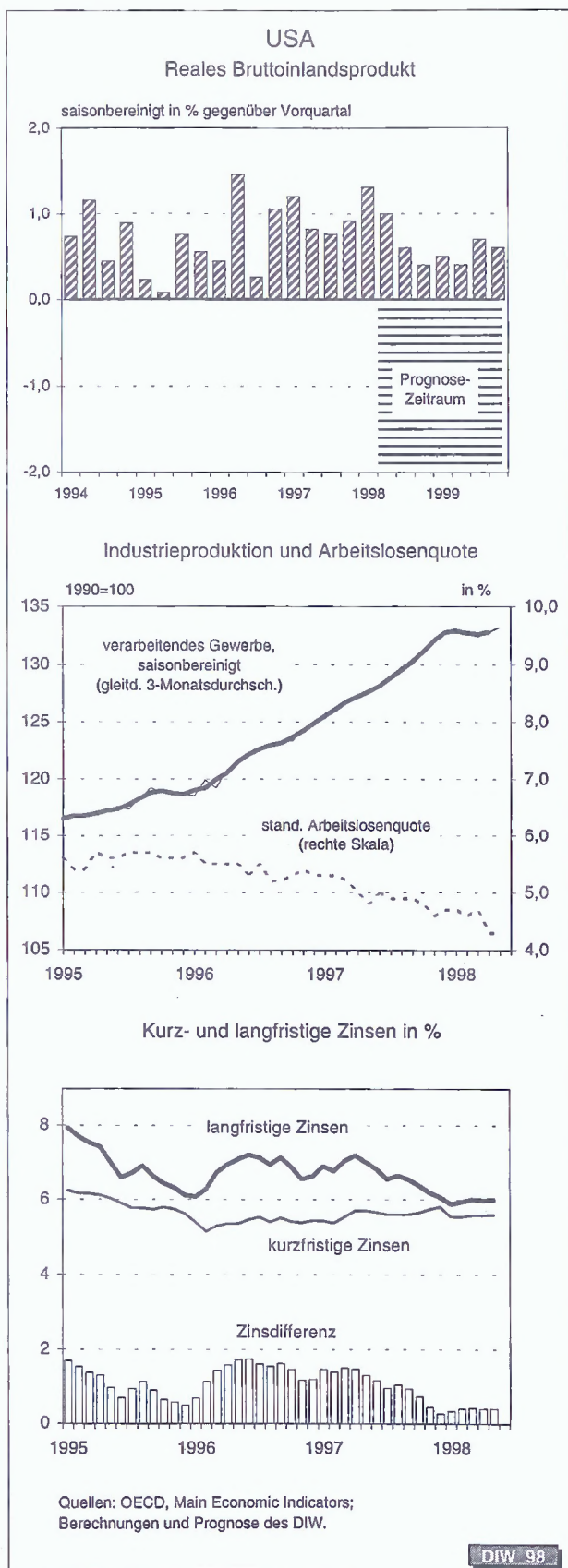
Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich — wenngleich vor einem anderen Hintergrund — für die Krisenländer Korea, Thailand und Indonesien ab. Hier dürfte sich die binnenwirtschaftliche Entwicklung infolge der restriktiven Wirtschaftspolitik noch mehr verschlechtern. Angesichts der außenwirtschaftlichen Defizite, die diese Länder zuletzt aufgrund mangelnder binnenwirtschaftlicher Stabilitätsorientierung und ihrer Währungspolitik aufwiesen, ist für sie jedoch eine Verbesserung ihrer Leistungsbilanz essentiell. Damit bleibt im wesentlichen die Möglichkeit, durch Gewinnung außenwirtschaftlicher Wettbewerbsvorteile und entsprechender Außenhandelsüberschüsse eine wirtschaftliche Erholung einzuleiten.

Währungskrisen dämpfen Aufschwung in den USA

Die konjunkturelle Dynamik in den USA hat sich den Währungskrisen zum Trotz zum Jahresbeginn noch einmal beschleunigt (Abbildung 2). Der private Verbrauch nahm mit der nach wie vor günstigen Beschäftigungssituation und den mit etwa 4 % merklich steigenden Löhnen außerordentlich kräftig zu. Auch die Investitionsdynamik hielt ungebrochen an, wobei sich die Ausweitung der Bauinvestitionen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sogar beschleunigte. Die ausgeprägte binnenwirtschaftliche Dynamik ließ die Einfuhr stark steigen. Da zugleich die Ausfuhr rückläufig war, entstand ein beträchtlicher defizitärer Außenbeitrag in Höhe von fast 3 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Arbeitskosten stiegen wegen der schwach zunehmenden Lohnnebenkosten nur moderat und der Konkurrenzdruck aus dem Ausland blieb hoch. Folglich beruhigte sich das Preisklima weiter. Obwohl erste Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten sind, verringerte sich die Arbeitslosenquote auf 4,3 %, den niedrigsten Stand seit Beginn der 70er Jahre, ohne daß es bisher auch nur zum Aufscheinen einer Inflationsgefahr gekommen wäre.

Abbildung 2



Vor diesem gesamtwirtschaftlich günstigen Hintergrund erreichte die Finanzpolitik vorzeitig ihr Ziel, den Bundeshaushalt auszugleichen. So erfüllte sich das Konsolidierungskonzept der amerikanischen Bundesregierung, das darauf angelegt war, „aus dem Defizit herauszuwachsen“. Trotz günstiger Konjunktorentwicklung und hoher Steuereinnahmen wurde eine sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik betrieben. Die aktuell diskutierte Frage, ob die Überschüsse Steuersenkungen dienen oder als Rücklage für Phasen schlechterer Konjunktorentwicklung verwendet werden sollten, läßt sich aus konjunktureller Sicht eindeutig zugunsten der letzten Alternative beantworten. Denn in der derzeitigen Hochkonjunktur könnten Steuersenkungen die Gefahr einer Überhitzung vergrößern.

In einer schwierigen Lage befindet sich die amerikanische Geldpolitik, die bis zuletzt eine hinhaltende Position eingenommen hat. Wegen der gesunkenen Zinsen auf den Kapitalmärkten gehen von der Geldpolitik bei unveränderten Leitzinsen und einer nur noch wenig positiven Zinspanne kaum noch Anregungen aus. Vielfach wird ein leichter Zinsschritt nach oben erwartet. Dieser könnte dazu dienen, Übersteigerungen an den Aktienmärkten einen Dämpfer zu versetzen und gleichzeitig ein Signal zu geben, die Lohnsteigerungen moderat zu halten. Die Krisen auf den Devisenmärkten in Asien sprechen allerdings derzeit gegen einen solchen Schritt. Höhere amerikanische Zinsen könnten die Abwertungstendenzen dort verstärken und damit zu einer weiteren Destabilisierung führen. Da niedrigere amerikanische Zinsen ebensowenig zu erwarten sind wie steigende japanische, ist der jetzt eingeschlagene Weg, die asiatischen Währungen, insbesondere den Yen, durch Devisenmarktoperationen für eine begrenzte Zeitspanne zu stützen, die einzige realistische Option der internationalen Wirtschaftspolitik.

Vor dem Hintergrund der außenwirtschaftlichen Probleme der USA ist vor allem im Verlauf dieses Jahres mit einer deutlichen und im nächsten Jahr mit einer etwas geringeren Dämpfung der konjunkturellen Dynamik zu rechnen. Während der private Verbrauch weiterhin kräftig zunehmen wird, dürfte sich die Investitionstätigkeit vor allem im nächsten Jahr etwas abschwächen. Wegen der guten Verbrauchskonjunktur wird die Importneigung hoch bleiben, während die Exporte infolge der jüngsten Aufwertung des Dollar und des immer noch bestehenden Konjunkturgefälles zu Europa und insbesondere zu Asien vergleichsweise moderat zunehmen. Damit werden sich die außenwirtschaftlichen Defizite weiter erheblich vergrößern, das dürfte vor allem gegenüber dem Euro eine Abwertungstendenz begünstigen. Alles in allem wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um gut 3½ % und im nächsten nur noch um gut 2 % erhöhen.

EWU: Trotz Asienkrise

Fortsetzung der konjunkturellen Erholung

Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der EWU hat sich bisher insgesamt gefestigt. Indes sind das Wachs-

tumstempo und die jeweilige konjunkturelle Konstellation vor allem aufgrund des unterschiedlichen Restriktionskurses der Finanzpolitik, aber auch wegen einer unterschiedlich expansiven Geldpolitik, noch sehr verschieden. In der EWU insgesamt wird das Wachstum dabei allmählich in etwas stärkerem Maße von der Inlandsnachfrage getragen. In einer vergleichbaren Zyklusphase expandierte in den USA, ein der EWU im Hinblick auf Größe und Offenheit ähnlicher Wirtschaftsraum, die Binnennachfrage jedoch merklich stärker. Nur ganz allmählich deuten sich auch Verbesserungen am Arbeitsmarkt an. Der Preisauftrieb blieb äußerst verhalten.

Bei der erreichten Konsolidierung steht die Finanzpolitik nunmehr weniger unter Handlungsdruck als zuvor. Die Geldpolitik wirkt zwar noch anregend auf die inländische Nachfrage. Sie ist aber dem Rückgang der langfristigen Zinsen mit ihren Leitzinsen wie in den USA nicht gefolgt. Damit hat sie in Kauf genommen, daß ihr Expansionsgrad abnimmt, obwohl sich die EWU in einer viel früheren Phase des Aufschwungs als die USA befindet. Das gilt selbst dann, wenn die sich abzeichnende Konvergenz der kurzfristigen Zinsen auf dem relativ niedrigen deutschen Niveau stattfindet.

Die nominalen Lohnsteigerungen haben sich zuletzt leicht beschleunigt. Sie stehen weitgehend im Einklang mit der Produktivitätsentwicklung. Damit ist einerseits bei leichter Verbesserung der Beschäftigungslage eine allmähliche Belebung des privaten Verbrauchs möglich, andererseits ist eine Gefährdung des Stabilitätsziels der Europäischen Zentralbank ausgeschlossen.

Unter den großen Ländern hat *Frankreich* wieder wirtschaftlich Tritt gefaßt (Abbildung 3). Noch im vergangenen Jahr wurde das Wirtschaftswachstum in erster Linie von den Exporten getragen. Mit zunehmender Beschäftigung und steigendem Reallohn belebt sich der private Verbrauch spürbar; im Gefolge nehmen auch die Unternehmensinvestitionen verstärkt zu. Die Impulse von der Außenwirtschaft werden allerdings schwächer. Bei weitgehend stabilen Preisen wirkt die Geldpolitik weniger expansiv als zuvor. Die Finanzpolitik dürfte den ihr durch den Stabilitätspakt vorgegebenen Rahmen weitgehend ausschöpfen; das gesamtstaatliche Defizit wird auch 1998 bei 3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verharren, im Jahre 1999 konjunkturbedingt sinken. Die Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung werden in den nächsten Jahren den Arbeitsmarkt zusätzlich entlasten. Dennoch wird es erst allmählich gelingen, das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit zu senken.

Italien liegt in seiner konjunkturellen Entwicklung noch deutlich hinter Frankreich zurück (Abbildung 4). Immerhin hat sich die Wirtschaft 1997 wieder erholt. Der private Verbrauch wird 1998 verlangsamt zunehmen und die Erholung der Bruttoanlageinvestitionen, die seit letztem Jahr zu beobachten ist, in ihrer Dynamik dämpfen. Das Wirtschaftswachstum dürfte mit etwa 2 % in diesem und etwa 2½ % im nächsten Jahr noch nicht ausreichen, die Arbeits-

Abbildung 3

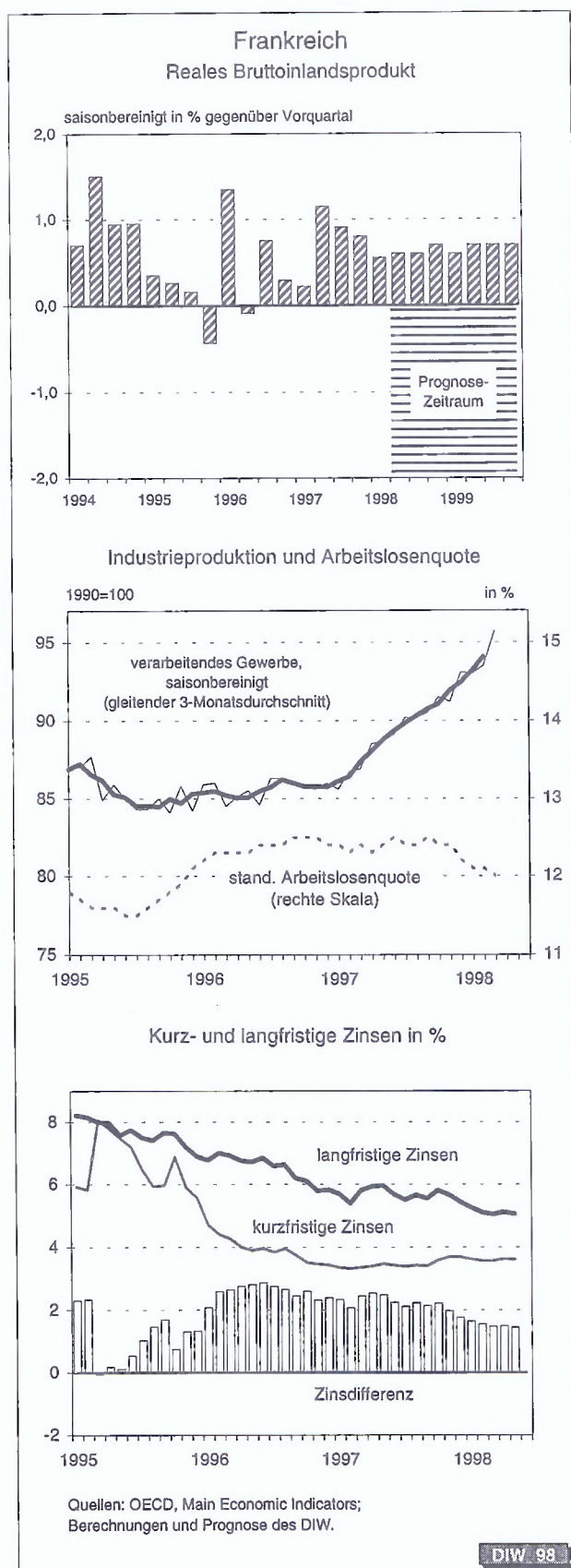
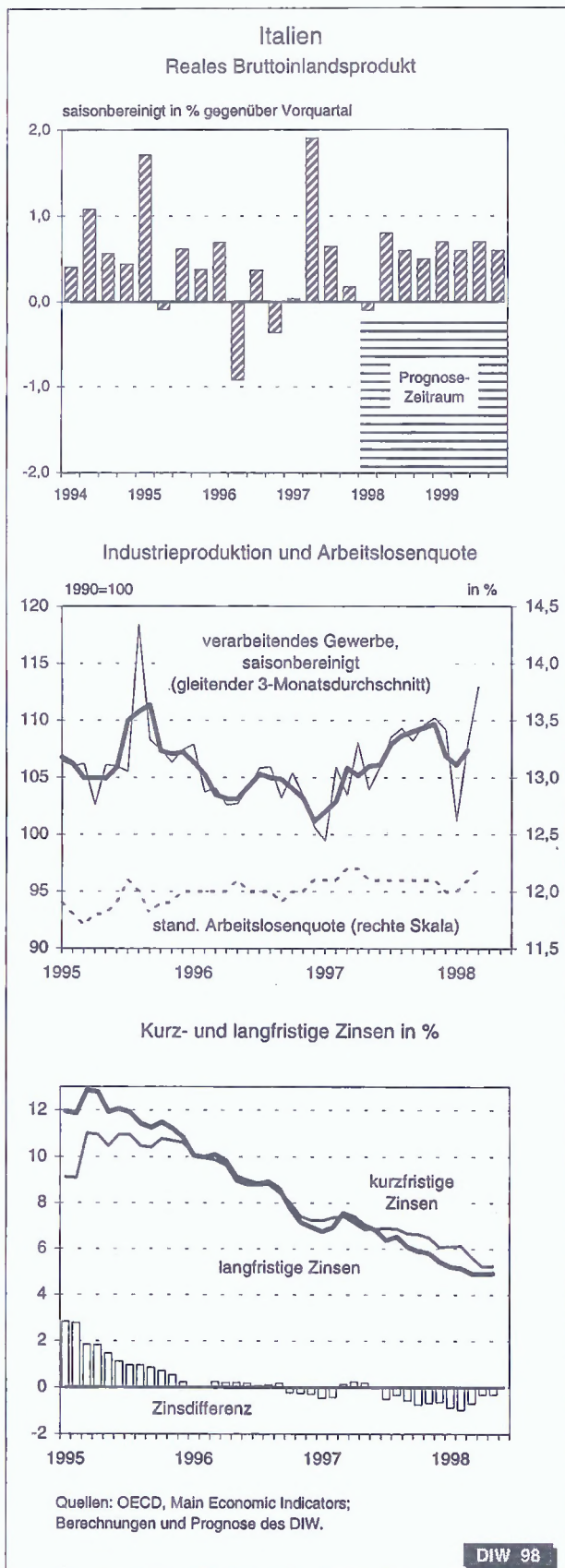


Abbildung 4



losigkeit zu senken. Zwar sind die fiskalpolitischen Konsolidierungsanstrengungen im Vergleich zu den letzten Jahren — nach immensen Fortschritten — nicht mehr ganz so groß. Dank anhaltend niedriger Teuerung und der Entscheidung über die Teilnahme an der EWU sind die Zinsen schon jetzt deutlich gesunken. Jedoch wirken die Restriktionen noch nach. Über die Abschaffung der Eurosteuer ist noch nicht entschieden.

Das Wirtschaftswachstum der EWU-Länder insgesamt wird 1999 mit etwa 2¼ % bei einer Verlagerung der Auftriebskräfte zur Inlandsnachfrage ähnlich ausfallen wie in diesem Jahr; die Arbeitsmarktlage wird sich dabei allmählich verbessern.

Westeuropäische Nicht-EWU-Länder: Großbritannien im Abschwung

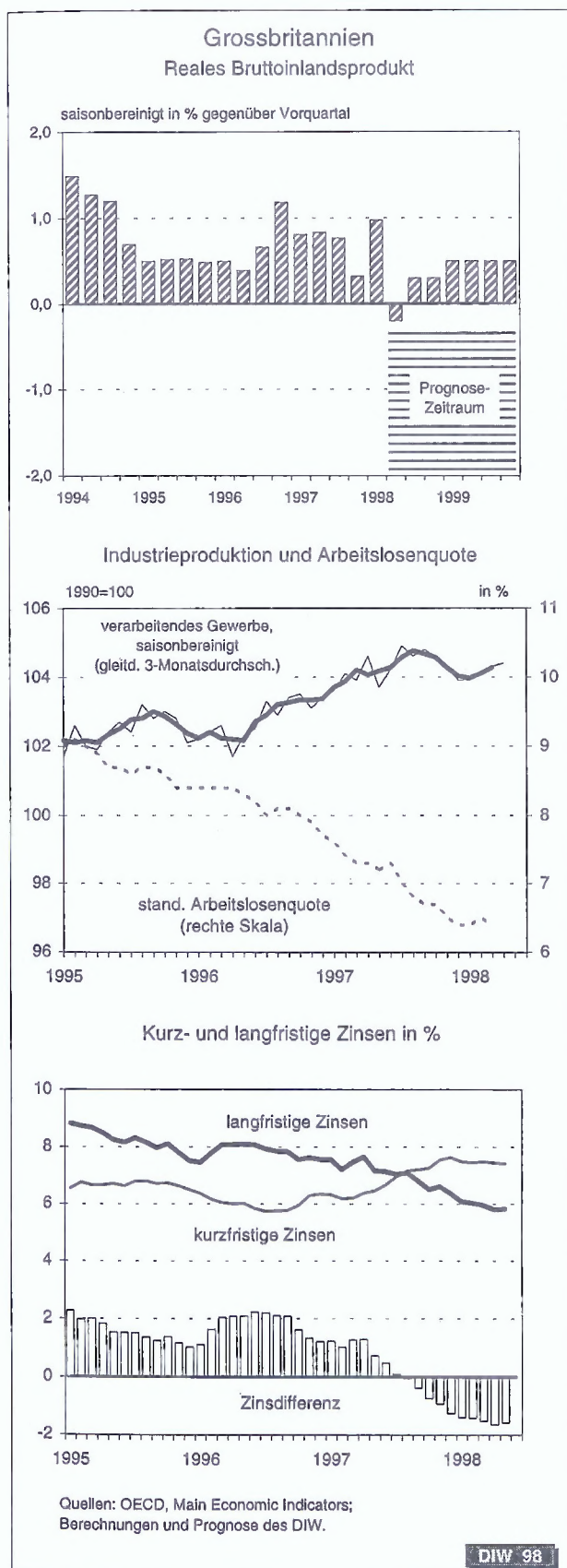
In *Großbritannien* nehmen nach mehrjährigem Aufschwung die Anzeichen für eine deutliche Wachstumsabschwächung zu (Abbildung 5). Auslöser sind die kräftigen Zinserhöhungen im letzten Jahr; die Wirtschaftspolitik gibt der Inflationsbekämpfung gegenwärtig Vorrang. Damit verbunden ist eine starke Aufwertung des britischen Pfundes, die u. a. zur Folge hatte, daß sich die Wachstumsrate der Exporte mehr als halbierte. Zwar stabilisiert der immer noch relativ kräftige private Verbrauch bisher die Binnen-nachfrage. Dennoch wird das Wirtschaftswachstum in diesem und im nächsten Jahr — nach fast 3½ % im Vorjahr — nur noch bei knapp 2 bzw. 1½ % liegen. Damit dürfte sich die Verbesserung der Arbeitsmarktlage kaum noch fortsetzen.

In den kleineren westeuropäischen Ländern, die nicht zur EWU gehören, verläuft die Wirtschaftsentwicklung vergleichsweise günstig. In Dänemark und Norwegen ist das Wachstumstempo noch hoch; in Schweden und der Schweiz ist eine konjunkturelle Beschleunigung zu beobachten. Die Geldpolitik der kleineren westeuropäischen Nicht-EWU-Länder ist im allgemeinen leicht expansiv. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich in den kleineren Ländern im nächsten Jahr in annähernd gleichem Tempo fortsetzen, während die Preisentwicklung verhalten bleibt.

Mittel- und Osteuropa: Produktionsanstieg mit Risiken

Vor allem infolge der konjunkturellen Erholung in West-europa hat sich die Ausfuhr Mittel- und Osteuropas verstärkt; gleichzeitig ging die teilweise erhebliche Investitionsdynamik zurück, und die Expansion des privaten Verbrauchs schwächte sich ab. Eine wesentliche Ausnahme bildete Polen. Bei immer noch hohen Leistungsbilanzdefiziten bleiben gleichwohl die Risiken von Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa bestehen. Wenn auch nicht unmittelbar vergleichbar, so gibt es doch Analogien zur Entwicklung in Asien. Die Bindung der Wechselkurse an einzelne westliche Währungen oder einen Währungskorb führte in

Abbildung 5



vielen Fällen — da die Wechselkursanpassung nicht immer den stark divergierenden Lohn- und Preisentwicklungen zwischen den „Leitwährungsländern“ und den jeweils betroffenen Ländern folgte — zu realen Aufwertungen und zu hohen außenwirtschaftlichen Defiziten. Durch die schwere Finanzkrise Rußlands wird die labile außenwirtschaftliche Situation Mittel- und Osteuropas noch verschärft.

Zwar wird für diese Prognose nicht unterstellt, daß sich die asiatische Krise in Mittel- und Osteuropa in ähnlicher Form wiederholt. Risiken bestehen aber dennoch, und nicht nur für die Länder dieser Region selbst, sondern mit der inzwischen gestiegenen außenwirtschaftlichen Verflechtung auch für die westeuropäischen Industrieländer. Schon die Entwicklung in der Tschechischen Republik hat gezeigt, wie schnell es zu einem Umschlagen positiver wirtschaftlicher Tendenzen kommen kann. Daher ist es unbedingt erforderlich, daß die bestehenden Schwächen im Banken- und Finanzsektor überwunden werden und daß die Währungspolitik durch einen realistischen Kurs an Glaubwürdigkeit gewinnt.

Risiken einer exportorientierten Stabilisierung

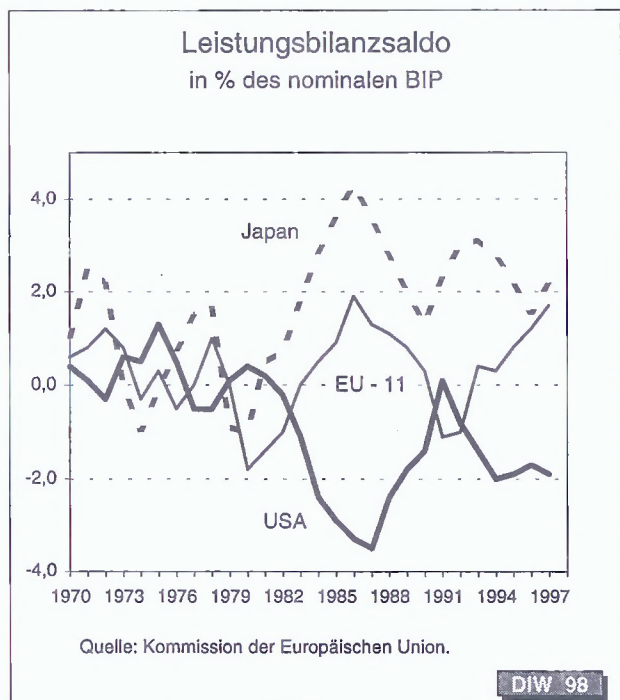
Die asiatischen Krisenländer wie Thailand, Korea und Indonesien versuchen — zumeist auf Anregung des Internationalen Währungsfonds (IWF) — durch eine Kombination von restriktiver Geld- und Finanzpolitik und einer raschen strukturellen Reform ihres Finanzsektors, den Kurs ihrer Währungen auf niedrigerem Niveau zu festigen. Diese Strategie wird aber infolge des Kursverfalls des japanischen Yen und der Gefahr, daß auch die chinesische Währung in den Abwertungsstrudel hineingezogen wird, gefährdet. Die durch die Abwertung erzielten Wettbewerbsvorteile der kleineren Krisenländer auf den Weltmärkten drohen dann zum großen Teil wieder verloren zu gehen. Diese hätten den Preis für ihre Stabilisierungsstrategie, eine tiefe binnenwirtschaftliche Rezession, vergeblich entrichtet. In diesem Fall wären aber auch die Exporteure aus Drittländern betroffen. Zum einen hätten sie durch die Abwertungen noch deutlicher an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und würden zusätzliche Marktanteile verlieren. Zum zweiten schrumpfte durch die Rezession der Absatzmarkt. All dies könnte zusammengekommen einen weit stärkeren negativen Effekt auf die Exportentwicklung vieler Industriestaaten haben als bisher erwartet.

Das träfe vor allem die NAFTA-Länder. Knapp 13 % ihrer Exporte gingen 1996 in die Abwertungsländer Japan, Thailand, Korea und Indonesien, und sie bezogen fast 18 % ihrer Importe aus diesen Ländern.² Dagegen bezogen die Länder der Europäischen Union lediglich knapp 6 % (1995) ihrer Importe aus diesen Ländern. Der Exportanteil betrug sogar nur 4 % (1995).³

² Vgl. OECD: World trade Statistics, May 1998.

³ ebd.

Abbildung 6



Die Krise der asiatischen Schwellenländer ist auch Folge einer forcierten Strategie der Akkumulation außenwirtschaftlicher Überschüsse in Japan und Europa. Japan hat diesen Irrweg schon in den 80er Jahren und seit Beginn der neunziger Jahre beschritten. Tatsächlich hat es immer wieder beträchtliche Leistungsbilanzüberschüsse von bis zu 4 % des Bruttoinlandsprodukts erzielt (Abbildung 6). Die schwache wirtschaftliche Entwicklung zu überwinden, gelang jedoch nicht.

Wenn eine große Region wie Asien Überschüsse in ihrer Leistungsbilanz zur Grundlage ihrer wirtschaftlichen Ent-

wicklung macht, wird der davon ausgehende Druck auf die Weltmärkte auf längere Sicht ein Echo hervorrufen. Schon in den letzten Jahren mußten die erheblichen Leistungsbilanzüberschüsse Japans anderswo absorbiert werden. Auch die EWU-Länder haben für ihre konjunkturelle Erholung in den vergangenen beiden Jahren stark auf einen hohen Leistungsbilanzüberschuß gesetzt.

Der Überschuß in der Leistungsbilanz der EWU betrug zuletzt 107 Mrd. US-Dollar, das sind 1,7 % vom Bruttoinlandsprodukt. Es bedurfte anderer Regionen, die entsprechende Fehlbeträge in der Leistungsbilanz akzeptierten. Diese Rolle hat insbesondere Nordamerika gespielt. Das Defizit in der Leistungsbilanz lag für die USA zuletzt bei gut 2 % des Bruttoinlandsprodukts — das sind 148 Mrd. US-Dollar. Ähnliche Werte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ergeben sich für Kanada und Mexiko, so daß die gesamte NAFTA derzeit einen erheblichen Beitrag zum Auffangen der Überschüsse Asiens und Europas leistet.

Erfahrungsgemäß werden auf längere Sicht aber Fehlbeträge dieses Ausmaßes Gegenreaktionen auf den Devisenmärkten hervorrufen. Die Währungen der Defizitländer werden also voraussichtlich insbesondere gegenüber dem Yen und in geringerem Ausmaß auch gegenüber der DM bzw. dem Euro abwerten. Sollte dieser Fall eintreten, brä- che aber auch der letzte Stützpfeiler für die Konjunktur- entwicklung in vielen asiatischen Ländern zusammen.

Diese Verschärfung der Krise könnte nur vermieden werden, wenn in Europa und in Japan die binnenwirtschaftliche Expansion wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rückte. Nur wenn die Geld- und Fiskalpolitik hier die Binnennachfrage zu stabilisieren vermögen, ergibt sich auch Spielraum für die kleineren asiatischen Krisenländer, ihre derzeit noch defizitäre Außenhandelsbilanz zu verbessern. Darüber hinaus könnten ein übermäßiges Anwachsen der Fehlbeträge der NAFTA-Region und die damit drohende Abwertung dieser Währungen vermieden werden.

Wirtschaftliche Belebung in Deutschland ohne durchgreifende Dynamik

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft, der nach einer vorübergehenden Schwächephase Anfang 1996 wieder eingesetzt hatte, ist bisher ohne durchgreifende Dynamik geblieben. Zwar weist die Statistik für das erste Quartal eine deutliche Beschleunigung des Wachstums aus, diese beruht aber zum größten Teil auf Sondereffekten, wird sich also nicht als nachhaltig erweisen (Box 1). Vieles spricht dafür, daß das Wachstum im Sommerhalbjahr wieder um etwa ½ % pro Quartal pendeln wird; das Jahresergebnis 1998 wird 2½ % nicht nennenswert überschreiten (Tabelle 4).

Die leichte konjunkturelle Beschleunigung, die trotz anhaltender Schwäche der Binnennachfrage dem außergewöhnlichen Exportboom folgte, hatte bereits Auswirkun-

gen auf den Arbeitsmarkt. In Westdeutschland steigt die um Saisoneffekte und um die Wirkung von Sondermaßnahmen bereinigte Zahl der Arbeitslosen schon seit dem Sommer vergangenen Jahres nicht mehr; zuletzt ist sie sogar gesunken (Box 2). Auch die Zahl der offenen Stellen hat zugenommen. Dies zeigt, daß es keinen Grund für die häufig geäußerte Vermutung gibt, wegen der inflexiblen Arbeitsmarktstrukturen ginge der Aufschwung in Deutschland am Arbeitsmarkt vorbei. Bislang hat es lediglich keinen Aufschwung gegeben, der den Namen verdient hätte.

Das zeigt ein Vergleich der zyklischen Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Wachstums in den Aufschwüngen der vergangenen drei Dekaden (Abbildungen 10 und 11). Nach der ersten großen Rezession Mitte der 60er Jahre

Box 1

Zur Entwicklung im ersten Halbjahr 1998: Wirtschaftswachstum in Deutschland weiter ohne Schwung

Das Tempo der konjunkturellen Erholung hat sich in Deutschland im ersten Halbjahr 1998 etwas beschleunigt. Das reale saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP nahm gegenüber dem zweiten Halbjahr 1997 mit einer Jahresrate von 2 1/2 % (nach 2 %) zu (Abbildung 7). Allerdings ist zu befürchten, daß es sich dabei nicht um eine nachhaltige Verbesserung handelt. Dafür sprechen sowohl die zukunftsweisenden Indikatoren (Abbildungen 8, 9 und 12) als auch die Ursachen der Beschleunigung.

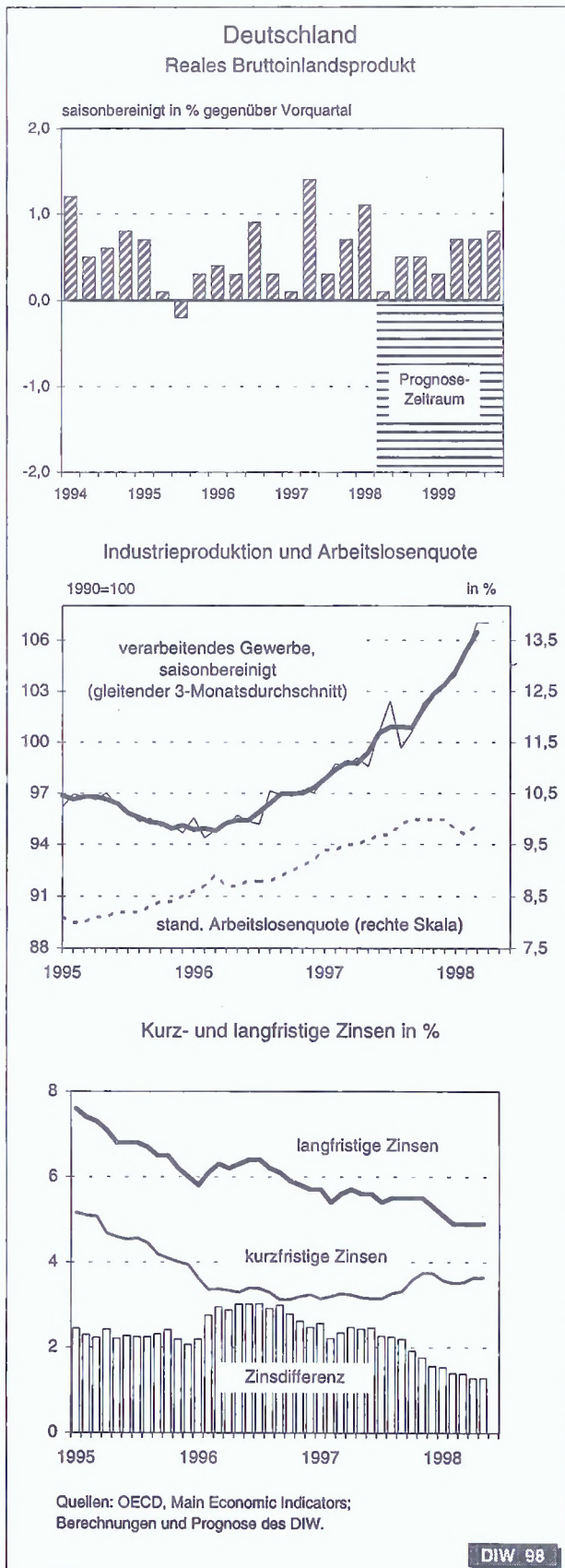
Vom Auslandsgeschäft gingen in der ersten Jahreshälfte keine zusätzlichen Impulse auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus: Bei den Exporten näherte sich das Expansionstempo mit etwa 9 % (nach 13 % im Halbjahr zuvor) dem der Importe an. Getragen wurde die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion somit weitgehend vom beschleunigten Anstieg der Binnennachfrage. Da aber sowohl beim privaten Verbrauch (knapp 1 %) als auch bei den Investitionen (knapp 2 %, bei entgegengesetzten Tendenzen von Bauten und Ausrüstungen) das Wachstumstempo gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr nahezu unverändert blieb, war die Beschleunigung ausschließlich auf die Entwicklung beim Staatsverbrauch zurückzuführen. Dem — mit Blick auf die Maastrichtkriterien forcierten — Rückgang um 3 % im zweiten Halbjahr 1997 folgte nun eine Zunahme in etwa gleicher Größenordnung. Da die öffentlichen Haushalte weiterhin unter starkem Sparzwang stehen, ist diese Zunahme als „Normalisierung“ anzusehen.

Der Anstieg der Binnennachfrage um 2,5 % beruhte fast ausschließlich auf dem Zuwachs von 4,5 % im ersten Quartal. Diese unstete Entwicklung zieht sich durch alle Aggregate der Inlandsverwendung und ist verschiedenen

Sondereffekten zuzuschreiben. So konzentrierte sich beim Staatsverbrauch das Nachholen der aufgeschobenen Käufe auf das erste Quartal. Aber auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 auf 16 % zum 1. April dieses Jahres begünstigte die Entwicklung im ersten Jahresviertel, da Käufe vorgezogen wurden. Dies betraf insbesondere den privaten Verbrauch; hier wurden ohnehin geplante Anschaffungen von langlebigen Gebrauchsgütern vorverlegt. Aber auch beim Ausbaugewerbe wurden wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung Aufträge beschleunigt abgewickelt. Verstärkt wurde dieser Effekt noch von den zu Jahresbeginn — am langfristigen Mittel gemessen — günstigen Witterungsbedingungen; dies führte auch dazu, daß das Bauhauptgewerbe vorübergehend wieder expandierte. Bei den Ausrüstungsinvestitionen hatte die witterungsbedingt schnellere Fertigstellung von gewerblichen Bauten, vor allem aber die Abwicklung einiger Großaufträge beim Maschinenbau, zu dem besonders kräftigen Anstieg in den ersten drei Monaten des Jahres beigetragen.

Die stark unterschiedliche Entwicklung im Verlauf des ersten Halbjahres spiegelt sich im Vorjahresvergleich. Dieser Vergleich wird zusätzlich verzerrt durch eine gegenläufige Entwicklung im vergleichbaren Vorjahreszeitraum (Basisseffekt). Hinzu kommt, daß im ersten Jahresviertel durch die Lage des Ostertermins mehr Arbeitstage zur Verfügung gestanden hatten als im entsprechenden Quartal des Vorjahres, im zweiten Vierteljahr war dies umgekehrt. So hat das reale Bruttoinlandsprodukt nach 3,8 % im ersten Jahresviertel im zweiten das entsprechende Vorjahresniveau nach den bisher verfügbaren Indikatoren nur um etwa 2 % übertroffen, das entspräche nur etwa einer Stagnation.

Abbildung 7



sank die Zahl der Arbeitslosen schnell wieder, da rasch sehr hohe Wachstumsraten erzielt wurden. In der Aufschwungphase Mitte der 70er Jahre trat die Wende bei der Arbeitslosigkeit weit später, nämlich ein Jahr nach Beginn der Erholung, ein. Anfang der 80er Jahre dauerte es schon drei Jahre, bis es zu einer Reaktion auf dem Arbeitsmarkt kam. In den 90er Jahren sind es bereits fünf Jahre.

Die leichte Belebung der Konjunktur in Deutschland, die hinter der in den meisten übrigen Ländern der Europäischen Währungsunion (EWU) zurückbleibt, ist mit einem Rückgang der Preissteigerungsrate einhergegangen. In diesem Jahr wird die Steigerung auf der Verbraucherstufe nur wenig mehr als 1 % betragen, obwohl zum 1. April der Normalsatz bei der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt erhöht wurde. Eine Verlangsamung des Preisauftriebs ist in der ersten Erholungsphase nicht ungewöhnlich, sind hier doch üblicherweise hohe Produktivitätssteigerungen zu erwarten, so daß die Lohnstückkosten weniger stark steigen als im Abschwung oder in einer späteren Phase des Aufschwungs. Diesmal geht die Kostendämpfung weit darüber hinaus: Die Lohnstückkosten steigen nicht langsamer, sondern sie fallen; im vergangenen Jahr um fast 2 und in diesem Jahr um gut 1 % (Tabelle 4). Das liegt diesmal weniger an einer außergewöhnlichen Beschleunigung der Produktivität, wie der Zyklenvergleich bei der Produktivitätsentwicklung (Abbildung 11) belegt, sondern an einer außergewöhnlichen Verlangsamung des Lohnzuwachses (Tabelle 5). Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik und der D-Mark sinken die Lohnstückkosten in mehreren Jahren hintereinander, geht also von der Lohnentwicklung ein deflatorischer Effekt aus (Spalte 3 in Tabelle 6).

Angesichts dessen haben sich die Preise bislang als rigide erwiesen. Nur mit erheblicher Verzögerung folgen die Preissteigerungsraten dieser Lohn„vorgabe“, so daß sich die Verteilungssituation (abzulesen an der Differenz zwischen dem Deflationspotential und der tatsächlichen Inflation) in den vergangenen drei Jahren stärker zugunsten der Unternehmen verbessert hat als jemals zuvor in einer Aufschwungphase. Nicht nur die Reallohnsteigerungen 280m,180m, wie von vielen gefordert — sind hinter dem Produktivitätszuwachs zurückgeblieben, sondern sogar die Nominallohnzuwächse. Der Reallohnzuwachs hat noch nie so viel Raum für die Erhöhung der Unternehmensgewinne bzw. die Zunahme der Beschäftigung gelassen wie in diesem Aufschwung. Das Wachstum war aber schwächer, und folglich kam die konjunkturelle Wende am Arbeitsmarkt später als in den Zyklen, in denen zwar die Verteilungssituation für die Unternehmen ungünstiger war, nicht jedoch die absolute Gewinnsituation.

Der Ausblick auf 1998 und 1999

Das Konjunkturbild wird sich in den nächsten Monaten nicht entscheidend verändern. Allerdings weisen einige Frühindikatoren auf eine Abschwächung des Wachstums-

Tabelle 4

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999	1997	1998	1999
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,2	2,6	2,1	2,2	2,7	2,1	1,6	2,1	2,2
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	33 928	33 890	34 035	27 875	27 930	28 075	6 053	5 960	5 960
Arbeitslose (1000 Personen)	4 384	4 314	4 207	3 021	2 892	2 776	1 363	1 422	1 431
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	11,5	11,3	11,0	9,8	9,4	9,0	18,4	19,3	19,4
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,8	1,0	1,1	1,7	1,0	1,1	2,0	1,3	1,1
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-1,9	-1,2	0,5	-1,8	-1,1	0,5	-2,7	-1,8	0,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾ (Mrd. DM)	-101,9	-77	-54	—	—	—	—	—	—
Nachrichtlich.: Defizitquote des Staates ⁷⁾ (in %)	-2,8	-2,0	-1,4	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁸⁾ (Mrd. DM)	-1,7	29	55	—	—	—	—	—	—

1) In Preisen von 1991. — 2) Im Inland. — 3) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: Arbeitslose in % der Erwerbspersonen im Inland (Beschäftigungsortkonzept). — 4) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 5) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991. — 6) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 7) Finanzierungssaldo des Staates in % des nominalen Bruttoinlandsproduktes. — 8) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW; 1998 und 1999 Schätzungen bzw. Prognose des DIW.

tempos hin (Abbildung 12). Die Auftragseingänge bei den Vorleistungsgüterproduzenten sind seit Ende vorigen Jahres nicht mehr aufwärtsgerichtet. Die Nachfrage im Bereich der Stahlindustrie hat sich seit Herbst 1997 in einer Weise abgeschwächt, die weit über normale Verlaufsschwankungen hinausgeht. Der Klimaindex, den das ifo-Institut ermittelt, ist seit Monaten nicht mehr gestiegen. Auch das deutet auf eine Beruhigung des Konjunkturklimas hin.

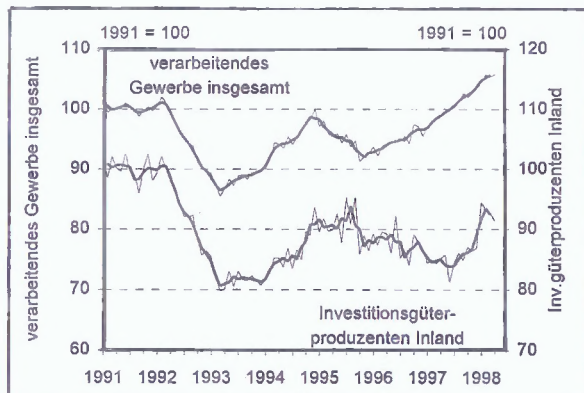
Von der Inlandsnachfrage gehen auch in diesem Jahr nach dem Auslaufen der Einmaleffekte im ersten Quartal kaum noch Impulse aus. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen, die im Winterhalbjahr kräftig expandiert hatten, dürften schon im zweiten Quartal einen Rückschlag erlitten haben. Die Inlandsumsätze der Hersteller von Inve-

stitionsgütern sind gesunken, und auch die Auftragseingänge aus dem Inland weisen auf eine Abschwächung des Expansionstempos hin. Hinzu kommt, daß die Unternehmen in der Industrie seit einigen Monaten die Zukunftsaussichten skeptischer beurteilen. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich seit dem Herbst 1997 eingetrübt.

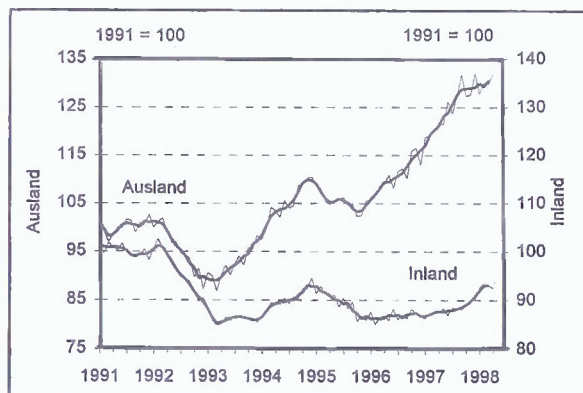
Von der Bauwirtschaft dürften in diesem Jahr erneut retardierende Effekte ausgehen. Zwar gibt es einige Anzeichen für eine gewisse Erholung im Wohnungsbau Westdeutschlands, und auch der öffentliche Bau ist bisher weniger stark rückläufig als vielfach erwartet. Insgesamt werden aber die Bauinvestitionen in diesem Jahr noch einmal sinken. Erst im Verlauf des nächsten Jahres dürften sie wieder wachsen, weil die relativ niedrigen Nominalzinsen bei

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

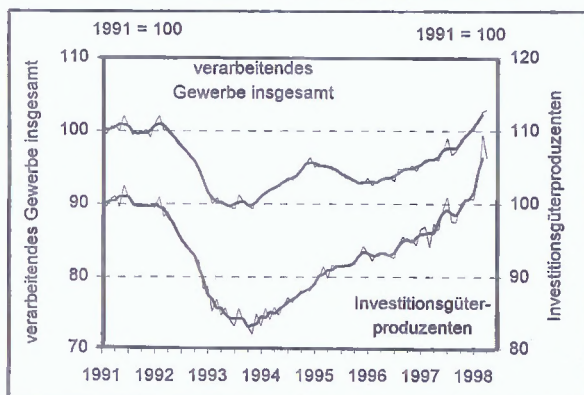
Auftragseingang¹ im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland



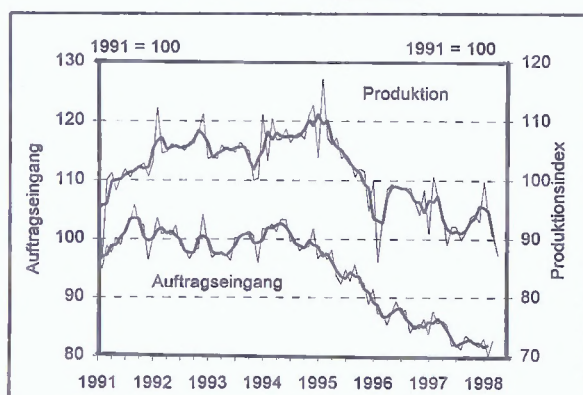
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹ aus dem Inland und Ausland



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Auftragseingang und Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe¹



1) Volumenindex; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 98

besseren Einkommenserwartungen größere Anreize für eine Investition im Wohnungsbau bieten. Auch der Wirtschaftsbau dürfte dann die Talsohle erreichen. Besonders ausgeprägt ist die Schwäche der Baunachfrage allerdings in Ostdeutschland, wo mit einem Rückgang der Bauinvestitionen von 4 % in diesem und 1 % im nächsten Jahr zu rechnen ist. Neben rückläufigen öffentlichen Bauausgaben sind es hier die hohen Leerstände, die neue Bauaktivitäten hemmen.

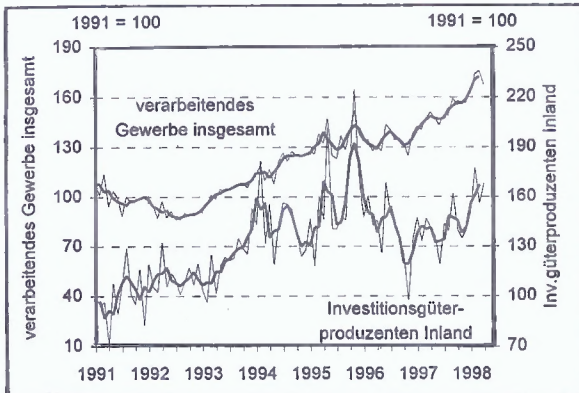
Der private Verbrauch bleibt weiterhin die Achillesferse der deutschen Konjunktur. Nach der Stagnation im vergangenen Jahr ist in diesem Jahr freilich eine leichte Belebung zu erwarten, weil sich auch die Einkommenssituation der

privaten Haushalte etwas verbessert. Das verfügbare Einkommen dürfte um 2½ % zunehmen, was bei der rückläufigen Preissteigerungsrate ein reales Plus von 1½ % ergibt. Im nächsten Jahr wird sich diese Tendenz nochmals etwas verstärken, so daß dann mit 2 % zum ersten Mal seit 1992 wieder eine „normale“ zyklische Entwicklung beim privaten Verbrauch zu erwarten ist. Von Zuwachsraten von weit über 3 %, wie sie in früheren Aufschwungphasen Westdeutschlands an der Tagesordnung waren, ist das aber auch dann noch sehr weit entfernt (Tabelle 6 und Abbildung 10).

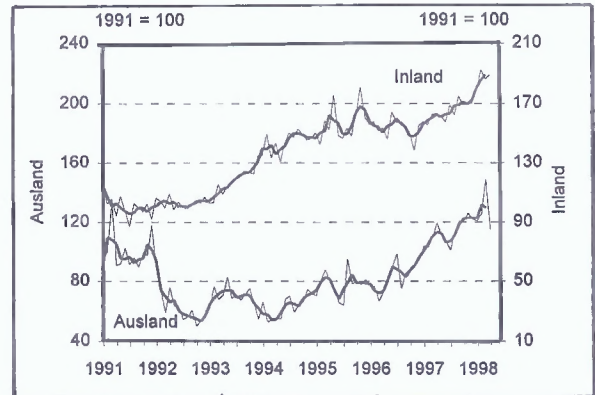
Die Konjunktur in Deutschland stützt sich in diesem Jahr wiederum fast ausschließlich auf den Export, der — wie

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

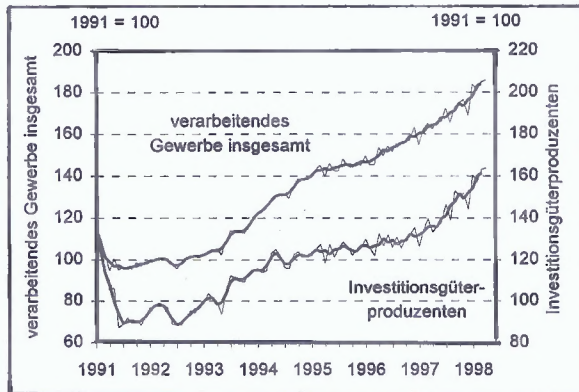
Auftragseingang¹ im verarbeitenden Gewerbe insgesamt und bei Investitionsgüterproduzenten aus dem Inland



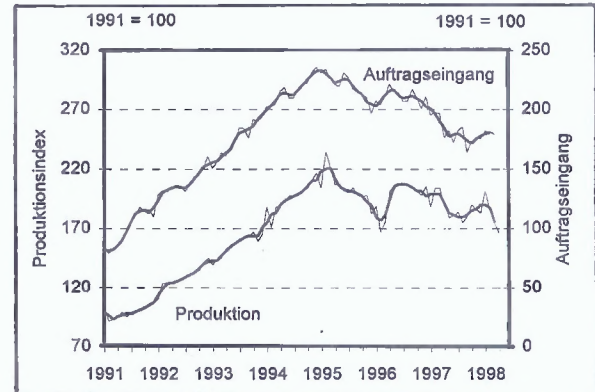
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹ aus dem Inland und Ausland



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Auftragseingang und Produktionsindex¹ für das Bauhauptgewerbe¹



1) Volumenindex; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 98

1997 — mit einer Rate von mehr als 10 % expandieren wird. 1999 wird sich allerdings das Wachstumstempo deutlich verlangsamen. Die Auswirkungen der Asienkrise — der Zusammenbruch der Märkte und die Abwertung der Währungen dieser Länder sowie deren damit verbesserte Wettbewerbsfähigkeit auf Drittmärkten — werden die deutschen Exporte bremsen. Dagegen wird sich die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft infolge sinkender Lohnstückkosten nur innerhalb der EWU positiv niederschlagen, hier ist aber das Wachstumstempo auch 1999 verhalten. Gegenüber den übrigen großen Industrieregionen, also insbesondere gegenüber Großbritannien und den USA, ist eine Aufwertung zu erwarten, die die Lohnstückkostenvorteile ausgleicht.

Auch die Einfuhr expandiert 1998 mit 9 % äußerst kräftig. Dennoch wird der Außenbeitrag in diesem und auch im nächsten Jahr kräftig zulegen. Die deutsche Leistungsbilanz weist zum ersten Mal seit 1990 wieder einen Überschuss aus, der 1999 mit 55 Mrd. DM schon auf deutlich mehr als 1 % des BIP steigen dürfte. Die Gegenposition dessen ist im Ausland immer weniger in den Entwicklungs- und Transformationsländern zu suchen. Diese sind an Grenzen der Finanzierung ihrer chronisch defizitären Leistungsbilanzen gestoßen. Vielmehr ist zu erwarten, daß das amerikanische Leistungsbilanzdefizit weiter anschwillt, da die gesamte EWU eine Strategie der Unterbewertung gegenüber den USA verfolgt. Dieser Versuch eines Exports von Arbeitslosigkeit muß allerdings früher oder

Zum Arbeitsmarkt im ersten Halbjahr 1998:

Leichte konjunkturelle Entspannung im Westen — Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik im Osten

Im bisherigen Jahresverlauf hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt spürbar verbessert. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um knapp 180 000 Personen ab, wobei allerdings ein großer Teil des Rückgangs auf die überaus milde Witterung im Winter zurückzuführen ist. Die Entwicklung war jedoch von deutlichen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland geprägt.

In Westdeutschland hat sich die bereits im vergangenen Sommer einsetzende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Frühjahr dieses Jahres weiter fortgesetzt. Von Jahresbeginn an bis Mai nahm die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 126 000 ab. Bei Metall- und Elektroberufen sowie bei technischen Berufen war der Abbau überproportional. Bei weiter rückläufiger Beschäftigung im Baugewerbe und einer vergleichsweise moderaten Expansion im Dienstleistungssektor führte die Ausweitung des Personalbestandes im verarbeitenden Gewerbe zu einer Erhöhung der Erwerbstätigenzahl im ersten Halbjahr 1998 um rund 40 000 Personen.

Neben konjunkturellen Ursachen hat bei dieser Zunahme die Aufstockung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine nicht zu vernachlässigende Rolle gespielt. Nachdem 1997 die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik zum Teil drastisch reduziert worden waren, erfolgt seit Februar wieder eine spürbare Ausweitung. So nahm die Zahl der Teilnehmer in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung von Februar bis Mai um rund 25 000 und der in „beschäftigungsschaffenden Maßnahmen“ um rund 7 000 zu. Daneben stehen den Arbeitsämtern eine Reihe weiterer Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Mit Leistungen, die an die Arbeitgeber gezahlt werden, wie beispielsweise Eingliederungszuschüsse, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Einstellungszuschüsse bei Neugründungen und Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit, konnten in den ersten fünf Monaten knapp 70 000 Personen bei der Aufnahme einer Beschäftigung gefördert werden.¹ Unklar ist, in welchem Umfang es sich

dabei um reine Mitnahmeeffekte handelt und inwieweit sich folglich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit auch ohne den Einsatz dieser Maßnahmen ergeben hätte. Gleichwohl dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu einem Teil auf zusätzliche Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen sein.

In weit stärkerem Umfang als in Westdeutschland hängt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland vom Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik ab. Bereits seit 1993 werden Schwankungen der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit im wesentlichen vom Auf und Ab der „beschäftigungsschaffenden Maßnahmen“ sowie der Maßnahmen für Fortbildung und Umschulung beeinflusst (Abbildung 13). Verstärkt ist dies seit Anfang 1997 zu beobachten. Vor allem durch die Verringerung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik stieg die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland im Verlauf des letzten Jahres saisonbereinigt um über eine viertel Million Personen. Seit Beginn dieses Jahres ist eine entgegengesetzte Entwicklung zu beobachten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahm die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um knapp 50 000 ab. Waren zu Jahresbeginn witterungsbedingte Einflüsse dafür maßgeblich, nimmt seit Februar die Bedeutung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr und mehr zu. Dies hat dazu geführt, daß die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen im April und Mai spürbar sank. Von Jahresbeginn an bis Mai stiegen die Teilnehmerzahlen in „beschäftigungsschaffenden Maßnahmen“ um rund 100 000 und in Weiterbildungsmaßnahmen um rund 25 000. Daneben konnten weitere 30 000 Personen durch die Förderung der Aufnahme einer regulären Beschäftigung unterstützt werden. Ohne den Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik wäre die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in saisonbereinigter Betrachtung somit weiter gestiegen.

¹ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit, Der Arbeitsmarkt im Mai 1998, Presseinformationen, S. 9 f.

später eine kräftige Abwertung des US-Dollar nach sich ziehen.

Insgesamt gesehen dürfte sich das Wachstumstempo bei einer weiterhin wenig dynamischen Binnennachfrage und der unvermeidlichen Exportabschwächung im nächsten Jahr etwas verringern. Nach 2½ % wird für das reale BIP nur noch eine Rate von gut 2 % erwartet. Hinter dieser Abschwächung der Jahreszuwachsrate verbirgt sich allerdings eine erneute Beschleunigung des Wachstums im Jahresverlauf 1999. Die Beeinträchtigung der Exporte

durch die Asienkrise wird nicht anhalten, und die Verbrauchernachfrage wird sich etwas beleben.

Wie im weltwirtschaftlichen Teil dargelegt, ist die Prognose des Auslandsgeschäfts jedoch enormen Risiken von Seiten der Weltwirtschaft ausgesetzt. Dazu gehört — neben der Asienkrise und der prekären Situation Japans — ohne Zweifel das Risiko einer weltweiten Übersteigerung des Börsenbooms, da sich die Aktienkurse von den realen Gegebenheiten der Unternehmen, auf deren Bewertung sie basieren sollten, gelöst haben. Angesichts dieser spe-

kulativen Blasen ist nicht auszuschließen, daß die amerikanische Zentralbank spätestens im nächsten Jahr die Zinsen erhöht, um der Spekulation an den Börsen die Spitze zu nehmen. Sie dürfte das bisher lediglich wegen der Gefahr einer weiteren Zuspitzung der Lage in Asien und des Yen-Verfalls nicht getan haben. Kommt es aber zu Zinserhöhungen, ist auch der schwache europäische Aufschwung gefährdet, wenn die Europäische Zentralbank nicht mit Zinssenkungen dagegenhält.

Doch auch ohne die globalen Risiken ist ein konjunktureller Rückschlag keineswegs ausgeschlossen. Bei geringen realen Einkommenszuwächsen der privaten Haushalte basiert die Zuversicht der meisten Beobachter auf der Annahme, daß die privaten Haushalte ihre im historischen Vergleich sehr niedrige Sparquote höchstens marginal erhöhen, sie keineswegs aber zu Werten zurückkehren wird, wie sie vor der Rezession von 1992/93 galten. Vergessen wird dabei, daß die Stabilisierungsrolle für die Konjunktur, die die privaten Haushalte wegen der Rückführung der Sparquote gespielt haben, nicht ohne weiteres fortgeschrieben werden kann. Auch bei stagnierenden oder nur wenig steigenden Realeinkommen ist eine Normalisierung der Sparquote nicht auszuschließen. Eine dadurch ausgelöste erneute Dämpfung des privaten Verbrauchs aber würde die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven rasch wieder verdüstern.

Öffentliche Haushalte

Die Finanzpolitik ist weiterhin bestrebt, die öffentlichen Defizite abzubauen. Nachdem bereits 1997 unter dem

Druck von Maastricht das Staatsdefizit von 124 Mrd. DM auf 102 Mrd. DM bzw. 2,8 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt worden war, kann in diesem Jahr mit einem weiteren spürbaren Rückgang — auf 77 Mrd. DM — gerechnet werden. Dabei wird sich der Überschuß in den Haushalten der Sozialversicherungsträger von 5 Mrd. DM auf 13 Mrd. DM erhöhen, während das Defizit der Gebietskörperschaften auf 90 Mrd. DM sinkt (1997: 107 Mrd. DM). Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im bisherigen Jahresverlauf wie auch die Absichtserklärungen der politischen Entscheidungsträger weisen darauf hin, daß die restriktive Ausgabenpolitik auf allen Haushaltsebenen fortgesetzt wird, wenngleich die Ausgaben mit 1 ½ % etwas stärker als 1997 steigen dürften. Dies ist vor allem Reflex der „Sondereffekte“ im Vorjahr, als das Ausgabenniveau durch Entlastungen mit Einmalcharakter gedrückt worden war.¹

Ein wesentlicher Grund für den anhaltend geringen Ausgabenzuwachs ist die Entwicklung des Staatsverbrauchs: Weiterhin moderate Tarifsteigerungen sowie Stellenkürzungen im öffentlichen Dienst, Einsparungen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben sowie die Auswirkungen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen lassen den Staatsverbrauch nur wenig steigen. Aufgrund der prekären Finanzlage der Gemeinden sind weitere Kürzungen bei den öffentlichen Investitionsausgaben zu befürchten, in Ostdeutschland wie in Westdeutschland. Das kommunale Haushaltsrecht gibt den Gemeinden nicht die Mög-

¹ Vgl. im einzelnen: Entwicklung des Staatsdefizits 1997 — Ein (notwendiger) Blick zurück. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/98.

Tabelle 5

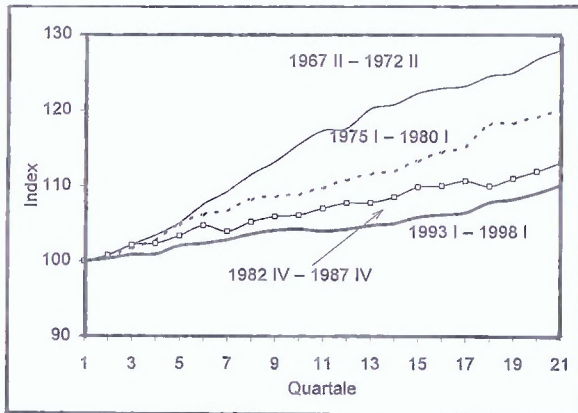
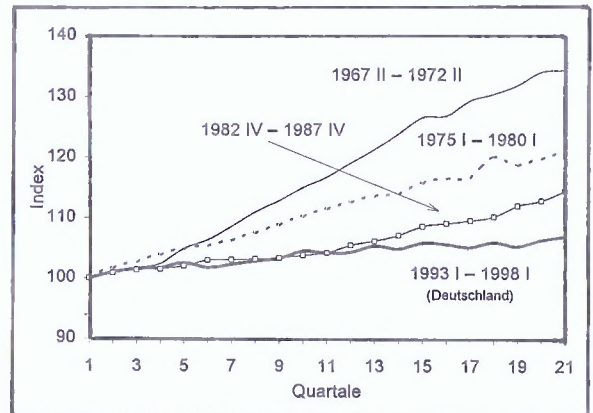
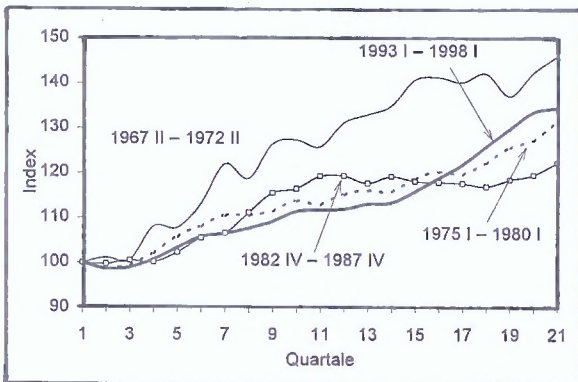
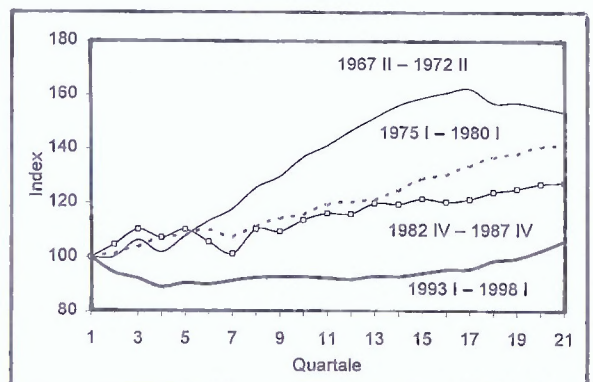
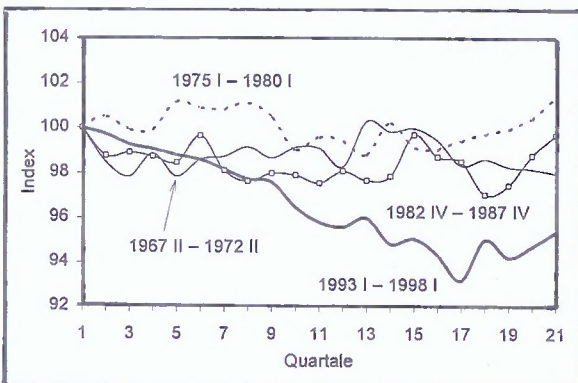
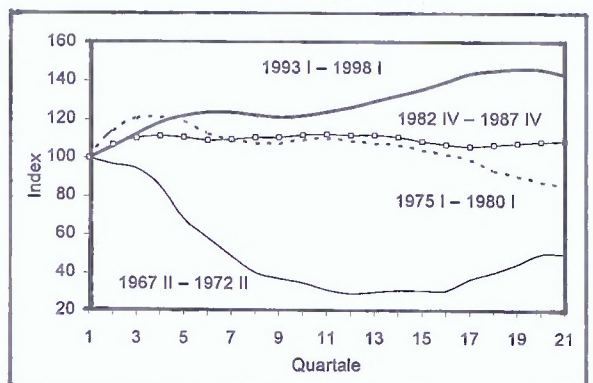
Verteilungsspielraum und Beschäftigung in Westdeutschland jahresdurchschnittliche Veränderung in %

Jahre	Stunden- produktivität ¹⁾	nominaler Stunden- lohn ²⁾	Inflations- bzw. Deflations- potential	tatsäch- liche Infla- tion ³⁾⁴⁾	realer Stunden- lohn ⁵⁾	realer Netto- Stunden- lohn ⁶⁾	realer privater Ver- brauch ⁴⁾	Arbeits- volumen ⁷⁾	Beschäf- tigte	reales BIP
	1	2	3 = 2 - 1	4	5	6	7	8	9	10
1951-1960	6,9	9,2	2,3	1,9	7,2	6,6	7,8	1,0	3,3	8,0
1961-1970	5,3	9,6	4,4	2,7	6,8	5,7	5,1	-0,8	1,0	4,4
1971-1980	3,7	9,6	5,8	5,0	4,3	3,0	3,3	-1,0	0,7	2,7
1981-1985	2,1	4,4	2,3	3,8	0,6	-0,4	0,6	-0,9	-0,3	1,1
1986-1990	2,9	4,5	1,6	1,4	3,1	3,4	3,6	0,4	1,6	3,4
1991-1995	2,3	4,9	2,7	3,1	1,8	-0,4	2,1	-0,6	-0,1	1,6
1996-1997	2,9	2,0	-0,9	1,9	0,1	-0,3	0,8	-1,1	-1,2	1,8

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je geleistete Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleistete Beschäftigtenstunde. — ³⁾ Deflator des privaten Verbrauchs. — ⁴⁾ Ab 1995 Deutschland. — ⁵⁾ Nominaler Stundenlohn deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs. — ⁶⁾ Nettolohn- u. -gehaltsumme je Beschäftigtenstunde, deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs. — ⁷⁾ Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

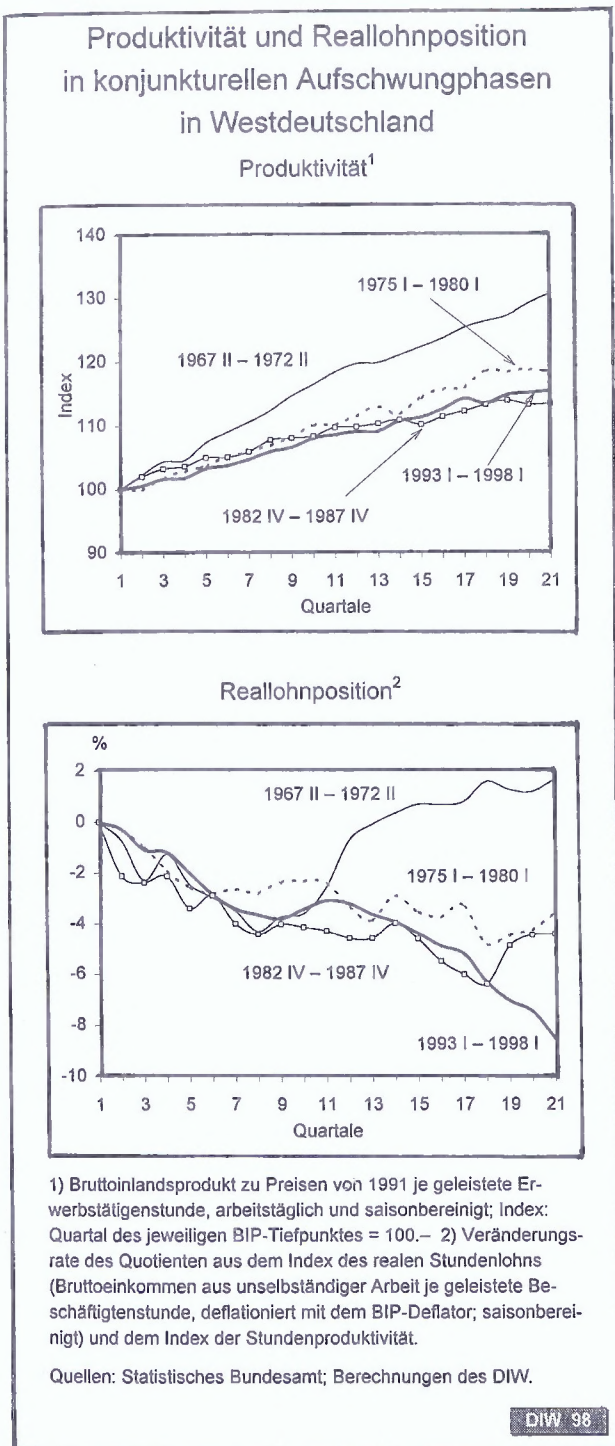
Vergleich der konjunkturellen Aufschwungphasen in Westdeutschland

Bruttoinlandsprodukt^{1, 2, 3}Privater Verbrauch^{1, 2}Exporte^{1, 2, 3}Ausrüstungen^{1, 2, 3}Arbeitsvolumen^{2, 3, 4}Arbeitslose²

1) Zu Preisen von 1991.- 2) Saisonbereinigt; Index: Quartal des jeweiligen BIP-Tiefpunktes = 100.- 3) Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt.- 4) Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

Abbildung 11



Die Einnahmen des Staates dürften sich um über 3 % erhöhen. Aus den steuerpolitischen Maßnahmen — Senkung des Solidarzuschlags und Anhebung des steuerfreien Existenzminimums einerseits, Mehrwertsteuererhöhung andererseits — resultieren geringe Mehreinnahmen. Mit einem überdurchschnittlichen Anstieg kann bei den Gewinnsteuern gerechnet werden, nachdem insbesondere wegen der starken Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen und der Anrechnung von Verlustrückträgen oder -vorträgen das Aufkommen in den Vorjahren dramatisch geschrumpft war. Hingegen werden die Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer aufgrund der schwachen Einkommensentwicklung und rückläufiger Beschäftigung bescheiden ausfallen. Da die Beitragssätze zur Sozialversicherung 1998 nicht erhöht worden sind, wird sich das Beitragsaufkommen weitgehend an der Entwicklung der Löhne und Gehälter orientieren. Für die Gewinnabführung der Bundesbank an den Bundeshaushalt sind in der Schätzung 9 Mrd. DM angesetzt. Entsprechend der Vorgehensweise des Statistischen Bundesamts wird der darüber hinausgehende Betrag, der sich aus der Höherbewertung der Devisenbestände ergab, nicht als Einnahme des Staates aus wirtschaftlicher Betätigung verbucht und hat somit keinen Einfluß auf die Höhe des Defizits.

Auch für das nächste Jahr wird nicht mit einem Kurswechsel in der Finanzpolitik gerechnet. Aus heutiger Sicht stellen sich die Perspektiven auf der Ausgabenseite nicht viel anders dar als in diesem Jahr. Erst kürzlich haben die Vertreter von Bund und Ländern im Finanzplanungsrat ihre Absicht bekräftigt, die Haushaltsdefizite weiter zurückzuführen. Auf der Einnahmenseite kann für 1999 mit einem beschleunigten Zuwachs der Steuereinnahmen gerechnet werden. Dies liegt auch an der Lohnsteuer, die aufgrund der etwas günstigeren Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung, aber auch wegen der Progressionswirkung des Tarifs deutlich steigen dürften. Noch sehr viel kräftiger wird voraussichtlich der Zuwachs bei den Gewinnsteuern ausfallen. Bei der Einkommensteuer ist einmal zu erwarten, daß es bei den Vorauszahlungen zu einer Anpassung an die gute Gewinnlage der Unternehmen kommt; zum anderen sind erhebliche Nachzahlungen aus früheren gewinnstarken Veranlagungsjahren zu erwarten. Auch bei der Körperschaftsteuer dürfte es zu kräftigen Mehreinnahmen kommen: In diesem Jahr wird das Aufkommen besonders stark durch Erstattungen belastet, die im Zusammenhang mit der „Auskehr EK 50“² entstehen; dieser dämpfende Effekt entfällt 1999. In der Schätzung für 1999 sind konstante Beitragssätze zur Sozialversicherung unterstellt, weil in der Rentenversicherung die notwendigen Rücklagen bis dahin noch nicht gebildet sein dürften. Alles in allem ist ein weiterer starker Rückgang des Staatsdefizits

² Einbehaltene Gewinne, die in den Bilanzen der Unternehmen mit 50 % versteuert worden sind, können noch bis Ende 1998 zum Steuersatz von 30 % ausgeschüttet werden: Die Unternehmen erhalten also eine Körperschaftsteuererstattung von 20 Prozentpunkten.

lichkeit zu einer „antizyklischen“ Investitionspolitik. Bund und Länder wiederum sind nicht bereit, die Mittel für die Gemeinden aufzustocken; auch sie kürzen ihre investiven Ansätze. Die Transferausgaben werden ebenfalls nur mäßig expandieren; viele der Zahlungsverpflichtungen sind an die Entwicklung der Arbeitseinkommen gekoppelt.

Tabelle 6

Verteilungsspielraum und Beschäftigung in Westdeutschland
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Jahre	Stunden- produkti- vität ¹⁾	nominaler Stunden- lohn ²⁾	Inflations- bzw. Deflations- potential	tatsäch- liche In- flation ³⁾⁴⁾	realer Stunden- lohn ⁵⁾	realer Netto- Stunden- lohn ⁶⁾	realer privater Ver- brauch ⁴⁾	Arbeits- volumen ⁷⁾	Beschäft- tigte	reales BIP
	1	2	3 = 2-1	4	5	6	7	8	9	10
1951	8,8	17,2	8,4	7,8	8,8	7,2	7,9	1,6	4,5	10,5
1952	7,7	9,0	1,3	1,7	7,2	6,4	9,2	1,0	3,2	8,8
1953	6,6	7,0	0,4	-1,5	8,6	8,8	11,0	1,6	4,0	8,3
1954	5,4	5,5	0,1	0,5	5,0	5,5	6,1	2,2	4,1	7,7
1955	9,3	9,4	0,1	1,6	7,7	7,3	10,4	2,6	5,5	12,1
1956	5,7	9,3	3,6	2,2	7,0	6,5	8,8	1,4	3,8	7,2
1957	6,1	9,3	3,2	2,5	6,6	5,8	6,2	-0,5	2,9	5,6
1958	4,4	9,4	5,0	2,5	6,7	4,9	5,1	-0,9	0,5	3,5
1959	7,2	6,2	-1,0	0,1	6,1	6,6	5,7	0,2	1,6	7,4
1960	8,0	10,1	2,1	1,9	8,1	6,8	8,0	0,9	2,8	9,0
1961	4,5	12,0	7,5	3,3	8,4	7,4	6,1	0,1	2,5	4,6
1962	6,1	11,3	5,2	3,0	8,1	7,6	5,7	-1,3	1,4	4,7
1963	4,1	7,8	3,8	3,0	4,7	4,3	2,8	-1,2	1,1	2,8
1964	5,9	7,4	1,5	2,2	5,0	5,1	5,3	0,7	1,1	6,7
1965	5,4	10,3	4,8	3,2	6,9	7,2	6,9	-0,1	1,4	5,4
1966	4,4	8,9	4,5	3,6	5,1	3,4	3,1	-1,6	0,1	2,8
1967	4,9	5,4	0,5	1,6	3,7	3,4	1,1	-5,0	-3,4	-0,3
1968	6,0	6,7	0,7	1,6	5,0	3,1	4,7	-0,5	0,6	5,5
1969	6,9	10,4	3,5	1,9	8,4	6,3	8,0	0,5	2,8	7,5
1970	4,5	16,8	12,3	3,5	12,9	9,8	7,7	0,5	2,4	5,0
1971	4,1	13,2	9,1	5,1	7,7	5,7	5,5	-1,0	1,6	3,1
1972	5,3	11,0	5,8	5,6	5,1	5,0	4,7	-1,0	1,1	4,3
1973	5,5	13,6	8,1	6,5	6,6	2,5	2,9	-0,7	1,7	4,8
1974	3,2	13,3	10,0	7,1	5,7	3,9	0,5	-3,0	-0,8	0,2
1975	3,5	9,5	6,0	6,0	3,3	2,9	3,1	-4,6	-2,5	-1,3
1976	4,1	5,6	1,5	4,2	1,3	-1,7	3,9	1,2	0,2	5,3
1977	4,4	8,4	4,1	3,3	5,0	4,2	4,5	-1,5	0,8	2,8
1978	3,5	7,0	3,4	2,6	4,2	5,1	3,7	-0,5	1,2	3,0
1979	3,6	6,8	3,3	4,1	2,6	3,0	3,3	0,6	2,3	4,2
1980	0,3	7,6	7,3	5,8	1,6	0,1	1,2	0,7	1,8	1,0
1981	1,2	5,9	4,7	6,2	-0,3	-0,5	-0,6	-1,1	0,0	0,1
1982	0,0	4,0	4,0	5,1	-1,0	-2,1	-1,3	-1,0	-1,2	-0,9
1983	3,5	4,0	0,4	3,2	0,8	-0,5	1,5	-1,7	-1,5	1,8
1984	3,1	3,9	0,7	2,5	1,3	-0,1	1,8	-0,3	0,2	2,8
1985	2,6	4,3	1,7	1,8	2,5	1,3	1,7	-0,6	0,9	2,0
1986	1,5	4,2	2,6	-0,6	4,7	5,1	3,5	0,8	1,5	2,3
1987	2,1	4,0	1,9	0,5	3,5	2,4	3,4	-0,6	1,0	1,5
1988	2,4	3,0	0,6	1,3	1,6	1,9	2,7	1,3	0,9	3,7
1989	3,3	4,1	0,8	2,9	1,2	0,4	2,8	0,3	1,6	3,6
1990	5,3	7,4	2,1	2,7	4,6	7,6	5,4	0,4	3,3	5,7
1991	3,7	7,1	3,4	3,7	3,3	0,1	5,6	1,3	2,7	5,0
1992	0,1	5,2	5,0	4,0	1,1	-0,2	2,3	1,6	1,0	1,8
1993	0,8	4,3	3,5	3,4	0,9	1,1	-0,1	-2,8	-1,7	-2,0
1994	3,4	3,2	-0,2	2,8	0,4	-2,6	1,1	-1,3	-1,4	2,1
1995	3,5	4,9	1,5	1,7	3,1	-0,2	1,8	-1,9	-0,8	1,5
1996	2,6	2,5	-0,1	2,0	0,6	1,8	1,4	-1,3	-1,2	1,3
1997	3,3	1,5	-1,7	1,9	-0,4	-2,4	0,2	-1,0	-1,1	2,2

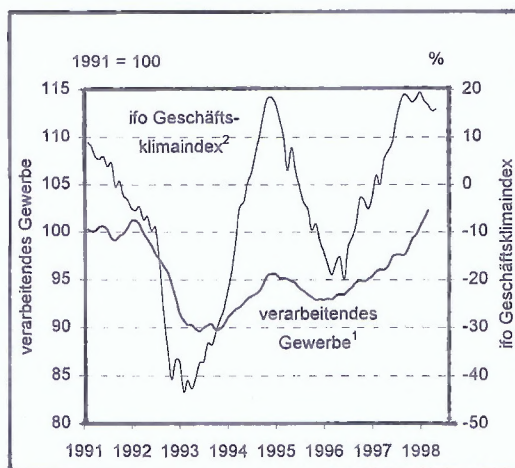
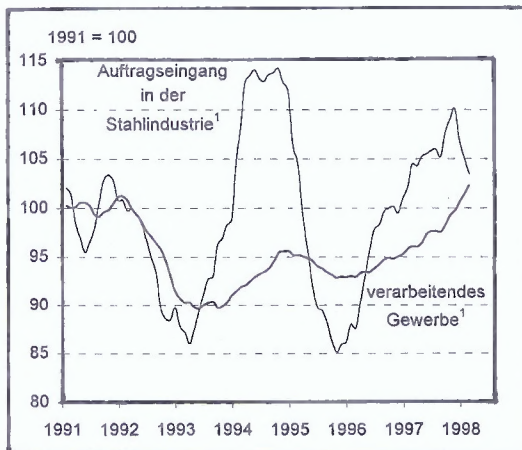
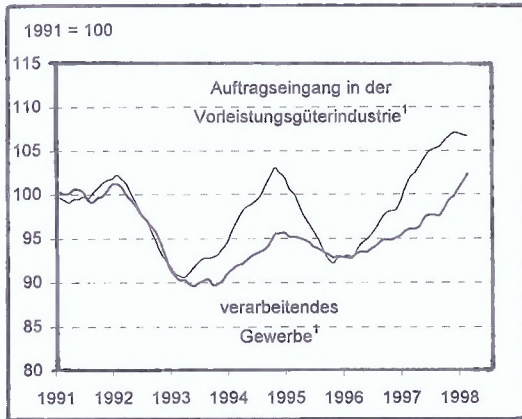
1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je geleistete Erwerbstätigenstunde. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleistete Beschäftigtenstunde. — 3) Deflator des privaten Verbrauchs. — 4) Ab 1995 Deutschland. — 5) Nominaler Stundenlohn deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs. — 6) Nettolohn- u. -gehaltssumme je Beschäftigtenstunde, deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs. — 7) Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Abbildung 12

Konjunkturelle Frühindikatoren und Produktion im verarbeitenden Gewerbe

Westdeutschland



1) Arbeitstägig und saisonbereinigt (BV4), gleitender Dreimonatsdurchschnitt. 2) Saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo; Berechnungen des DIW.

DIW 98

— auf 54 Mrd. DM bzw. 1,4 % des BIP — wahrscheinlich: Der Überschuß der Sozialversicherung dürfte auf 19 Mrd. DM klettern, das Defizit der Gebietskörperschaften auf 72 Mrd. DM sinken.

Sowohl in diesem wie im nächsten Jahr gehen von der Finanzpolitik weiterhin erhebliche restriktive Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft aus, die sich in einer Größenordnung von jeweils 25 Mrd. DM bzw. 0,6 % des BIP bewegen. Berücksichtigt man die Multiplikator- und Akzeleratorprozesse, so fällt die effektive Wirkung noch ungünstiger aus. Die Tatsache, daß die konjunkturelle Erholung nicht rascher vorankommt, ist also zu einem gewichtigen Teil auf die Finanzpolitik zurückzuführen.

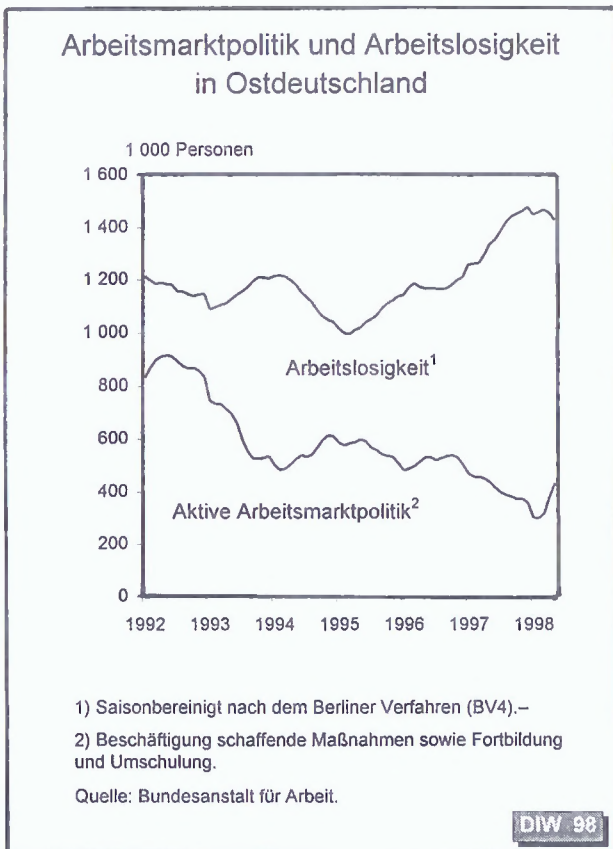
Europa auf dem Weg in die Deflation?

Vom Jahre 1999 an wird in den Ländern der EWU de jure eine einheitliche Geldpolitik verfolgt werden. De facto gibt es sie schon jetzt. Die Währungsparitäten sind (nahezu) unwiderruflich fixiert, und die nationalen Notenbanken haben ihre Geldpolitik weitgehend „harmonisiert“. Mit dem endgültigen Verzicht auf eine eigenständige Geldpolitik zugunsten einer für den europäischen „Durchschnitt“ der Länder verantwortlichen Geld- und Wechselkurspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und mit der im Europäischen Stabilitätspakt festgeschriebenen Begrenzung der Staatsdefizite ist das Arsenal der traditionellen konjunkturpolitischen Instrumente nahezu ausgeräumt. Konjunkturelle Übersteigerungen und Schwächen können nicht mehr mit einer nationalen Geldpolitik bekämpft werden, und gegen Rezessionen darf eine auf Hinnahme steigender Defizite gerichtete Finanzpolitik nur noch in engen Grenzen eingesetzt werden. Hinzu kommt, daß auf die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme mit Hilfe von Inflation nicht mehr gesetzt werden kann. Folglich sind lohnpolitische Fehlentwicklungen in inflatorischer oder deflatorischer Richtung auch nicht mehr durch Ab- oder durch Aufwertungen zu korrigieren.

Für diejenigen, die eine nationale Geldpolitik und Aufwertungen zur Vermeidung von Inflationsimport, also aus stabilitätspolitischen Gründen, für unentbehrlich halten, wäre der Verzicht auf nationale Souveränität kein Manko, wenn die EZB, ihrem gesetzlichen Auftrag folgend, den monetären Rahmen für eine europaweite Preisstabilität setzte. Wird sie das aber auch durchsetzen können? Die Diskussion hierüber ist durch eine eigentümliche Asymmetrie gekennzeichnet.

In einigen Ländern der EWU, namentlich in Deutschland, überwiegen noch die Zweifel daran, daß der Euro ebensoviel Preisstabilität repräsentieren werde wie die D-Mark. Denn nachdem viele unserer Partnerländer mit einem als vorübergehend angesehenen Kraftakt das politische Ziel, mit der Errichtung der EWU die geldpolitische Dominanz Deutschlands zu beseitigen, erreicht hätten, würden sie angesichts der hohen Arbeitslosigkeit die EZB zu einer laxen Geldpolitik drängen. Diese Argumentation

Abbildung 13



ist jedoch vordergründig. Zu kurz kommt dabei ein anderes, das ökonomisch wesentliche Motiv für die Schaffung der EWU: Die meisten der heutigen EWU-Länder haben aus schmerzlicher Erfahrung gelernt, daß mit Inflation und anschließender — wiederum preistreibender — Abwertung keine (nachhaltigen) Beschäftigungserfolge erzielt werden können. Dies und die Zweifel gegenüber dem Euro dürften die EZB veranlassen, einen strikten Stabilitätskurs einzuhalten, um dasselbe Ansehen wie die Deutsche Bundesbank zu erlangen.

Ein anderes Risiko wird dagegen nur selten angesprochen, nämlich das nicht minder gefährliche Risiko einer Abweichung vom Stabilitätsziel in Richtung Deflation. Wohlgemerkt: Deflation ist heute noch keine Tatsache. Die Entwicklung der Verbraucherpreise weist in allen EWU-Ländern zwar geringe, aber eben noch positive Raten auf. Doch wird es dabei auch bleiben?

Angesichts des Wegfalls der geld-, wechsellkurs- und finanzpolitischen Instrumente in der EWU wird den Arbeitsmarktparteien in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere in Deutschland, immer wieder geraten, über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg die nominalen Stundenlöhne langsamer steigen zu lassen als die reale Stundenproduktivität und damit grundsätzlich dem Beispiel zu folgen, das die Niederlande (schon) in den 80er Jahren gegeben haben.

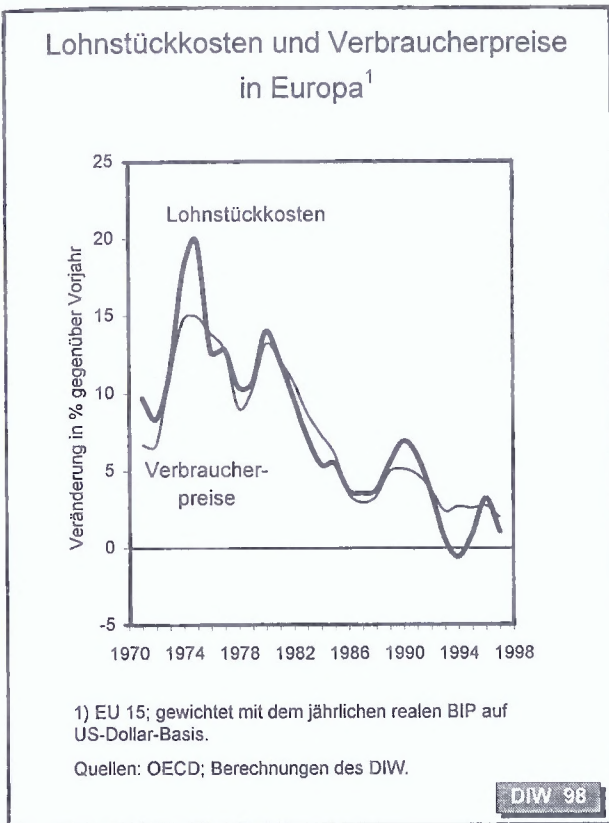
Das Beispiel „Niederlande“ kann allerdings nicht in dieser Weise auf Deutschland übertragen werden. Einerseits ist es durchaus zutreffend, daß in der ersten Hälfte der 80er Jahre in den Niederlanden die Lohnstückkosten erheblich schwächer als im Durchschnitt der übrigen Länder stiegen. Dies trug dazu bei, daß in dieser Zeit der auf Lohnstückkostenbasis ermittelte reale Außenwert des Gulden beträchtlich sank, so daß sich die anfänglich defizitäre Leistungsbilanz rapide aktivierte. Richtig ist auch, daß der durch die reale Abwertung bedingte Gewinn an Marktanteilen der holländischen Wirtschaft zu einem Mehr an Beschäftigung verhalf — wobei nicht übersehen werden sollte, daß der weitaus überwiegende Teil der Zunahme der Zahl der Beschäftigten nicht auf einer Zunahme des Arbeitsvolumens (Zahl der Arbeitsstunden), sondern auf einer massiven Vermehrung der Teilzeit-Arbeitsplätze basierte.

Andererseits hat es in den Niederlanden nur kurze Perioden gegeben, in denen die nominalen Stundenlöhne weniger stark stiegen als die reale Produktivität, d.h. die Lohnstückkosten — in nationaler Währung gerechnet — absolut sanken. Meistens sind die Lohnstückkosten, wenn auch überwiegend weniger als anderswo, absolut gestiegen. In Westdeutschland hingegen gehen die Lohnstückkosten schon seit Mitte 1996 zurück; ihre Entwicklung übertrifft insoweit das niederländische Vorbild.

Viele sehen dies positiv: Schließlich sei es der Wettbewerb, der auch mit dem Mittel der Lohnkostensenkung den Wohlstand in Deutschland hebe. Und warum sollte Lohnkostensenkung in Deutschland deflatorisch wirken? Wenn bei absolut konstanten Wechselkursen in Deutschland die Lohnstückkosten sanken, würden bei zunächst unveränderten Preisen in den Konkurrenzländern die Gewinne in Deutschland steigen. Unternehmen, deren Kosten bisher durch die Absatzpreise nicht gedeckt werden konnten, kämen endlich zum Zuge; sie gewännen Anteile auf den Exportmärkten und auf den mit ausländischen Anbietern konkurrierenden Inlandsmärkten, und sie könnten ihre Beschäftigung ausweiten. Doch selbst wenn viele Unternehmen in Deutschland die Kostensenkung zu Preissenkungen nutzten, um ihren Absatz zu forcieren, würde das europäische Preisniveau derzeit noch nicht so stark gedrückt werden, daß eine europaweite Deflation entstünde.

Spätestens hier wird klar, daß der Vergleich mit den Niederlanden hinkt. Ein so kleines Land wie die Niederlande konnte eine Politik der realen Abwertung mit Hilfe von Lohnzurückhaltung verfolgen, ohne Rückwirkungen befürchten zu müssen. Doch die Bundesrepublik Deutschland, deren Bruttoinlandsprodukt sechsmal so groß ist wie das holländische und mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der EWU-Länder ausmacht, muß anderer Reaktionen in Europa gewärtig sein. Die meisten Unternehmen in den Konkurrenzländern würden den Verlust von Marktanteilen und die damit verbundenen Einbußen an Beschäftigung nicht ohne weiteres hinnehmen. Sie würden ebenfalls dazu übergehen, durch eine auf Senkung

Abbildung 14



der Lohnstückkosten gerichtete Politik Marktanteile zurückzugewinnen. Auch sie würden zur Stärkung ihrer Marktposition die Absatzpreise zurücknehmen, und das europäische Preisniveau würde sinken. Im europäischen Durchschnitt gibt es eine weitgehende Übereinstimmung der Zuwachsraten der Lohnstückkosten mit dem Anstieg der Verbraucherpreise (Abbildung 14).

Gewiß weisen gegenwärtig Kosten und Preise Steigerungsraten auf, die annähernde „Preisstabilität“ und noch keine Deflation indizieren.³ Doch sehr leicht kann das Boot, das sich gerade von der Skylla der Inflation entfernt hat, in die Richtung der Charybdis der Deflation getrieben werden. Das geschieht, wenn die Tarifparteien in Westdeutschland zur Lösung des Beschäftigungsproblems an dem auf Senkung der Lohnstückkosten gerichteten Kurs festhalten und die übrigen Länder dadurch gezwungen sind nachzuziehen.

Dies richtet sich nicht gegen Wettbewerb schlechthin. Wettbewerb mit Hilfe von Produkt- und Prozeßinnovationen, einer Verbesserung der Infrastruktur und mehr Transparenz des Steuersystems hebt den Wohlstand in der EU und ist deshalb jederzeit erwünscht. Der Wettbewerb der Unternehmen aber ist ein Wettbewerb um die höchste Produktivität bei — für jedes Unternehmen — gegebenen *gleichen* Preisen für Vorleistungen sowie Arbeit und Kapital. Allein dieser Wettbewerb ist konstruktiv, weil er sich auf die

Erhöhung der Effizienz richten muß und bei günstigen Nachfragebedingungen zu einem höheren Realeinkommen führt. Dagegen ist Wettbewerb mit einer auf Lohnstückkostensenkung gerichteten Lohnpolitik unproduktiv, da er nicht auf Produktivitätssteigerungen durch Mehrinnovation abzielt. Er ist gefährlich, wenn dabei das Ziel der Preisstabilität in deflatorischer Richtung verfehlt wird. Ist ein solcher Prozeß erst einmal in Gang gekommen, ist er schwer zu bremsen, wie das Beispiel Japans zeigt. Eine antideflatorische Geldpolitik hat enge Grenzen: Die Zinssätze können nicht unter Null fallen. Wenn der Sparer mit einer negativen Verzinsung seiner Geldanlagen konfrontiert würde, also für die Einlagenhaltung Gebühren zahlen müßte, würde er auf Bargeld „umsteigen“, da dieses zwar nominal unverzinslich bliebe, aber wegen der erwarteten Preisrückgänge eine positive Realverzinsung verspräche. Das Bankensystem würde seine Aufgabe, Einlagen zu attrahieren und in Darlehen zu transformieren, nicht mehr wahrnehmen können. Damit fehlten trotz expansiver Geldpolitik Finanzierungsmittel für Investitionen. Der Staat müßte dann versuchen, einen Weg aus dieser Liquiditätsfalle durch staatliche Nachfrage zu finden.

Zur Lohnpolitik in Deutschland und Europa

In der lohn- und arbeitsmarktpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland gewinnt die Forderung nach längerfristiger Lohnzurückhaltung an Boden. Dafür werden ganz unterschiedliche Argumentationsmuster angeführt.

Die Lohn-Gewinn-Investitionsthese

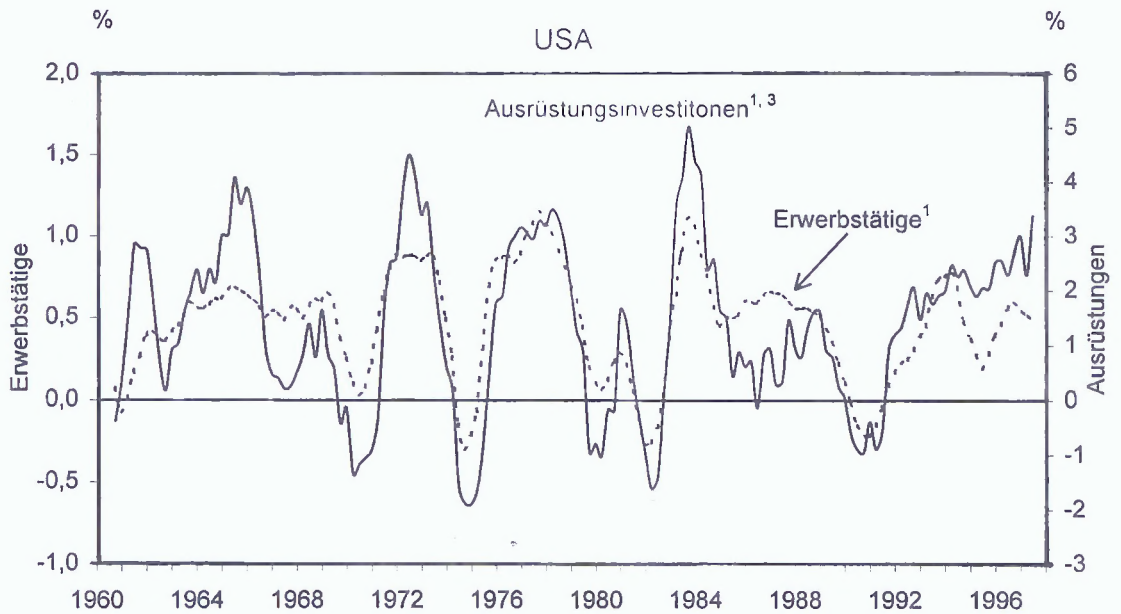
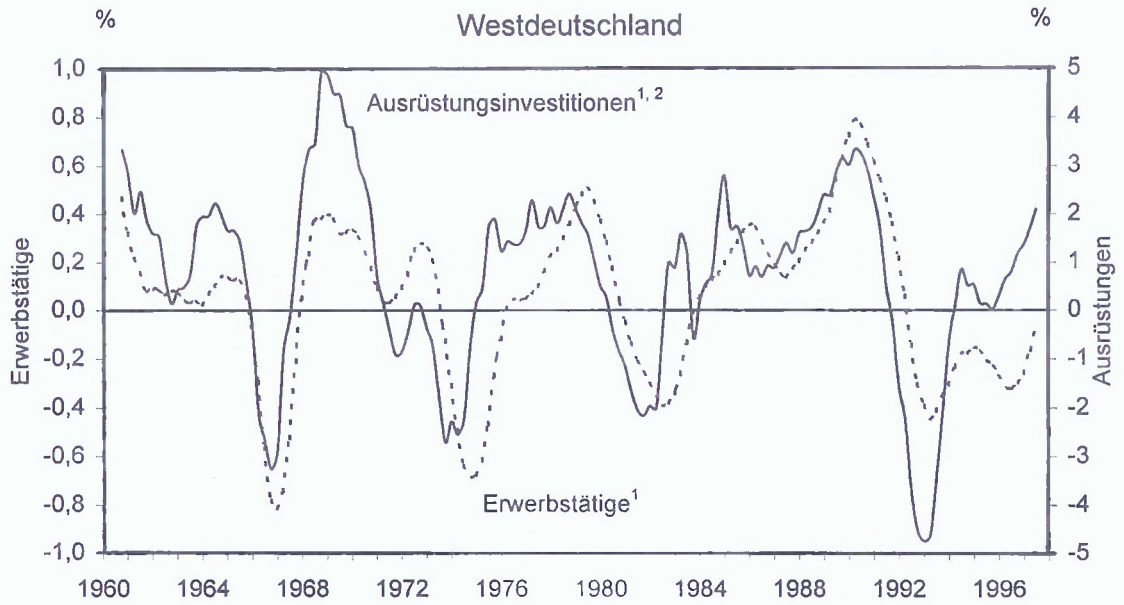
Lohnzurückhaltung im Sinne des Zurückbleibens des Reallohnzuwachses hinter dem Produktivitätszuwachs wird vielfach mit dem Argument gefordert, dadurch werde sich die Gewinn- und Renditesituation der Unternehmen verbessern, diese würden daraufhin mehr in Sachanlagen investieren und — komplementär dazu — mehr Arbeitskräfte einstellen.⁴ Lohnzurückhaltung ist hier das Instrument, um die Gewinne und die Gewinnerwartungen positiv zu beeinflussen, so daß nach der Umverteilung zugunsten der Gewinne in der ersten Runde des Anpassungsprozesses schon bald die Reallöhne wieder im Tempo der Produktivitätszunahme steigen können. Ziel der Lohnzurückhaltung ist es in diesem Modell, einen Anstoß — nicht anders als bei Anstößen von Seiten der Geld- oder der Fiskalpolitik — für das Ingangsetzen eines Aufschwungs zu geben, der sich dann selbst trägt.

³ Zu bedenken ist aber, daß bei der Beurteilung der statistisch gemessenen Preise Qualitätsverbesserungen, Sonderangebote und Rabatte, nur unzureichend berücksichtigt werden. Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 1998, S. 53-66.

⁴ So z.B. der Sachverständigenrat, Gutachten 1997/98, Ziffer 356.

Abbildung 15

Investitionen und Beschäftigung



1) Saisonbereinigt, Veränderung in % gegenüber Vorwert, gleitender Fünfquartalsdurchschnitt.–

2) Zu Preisen von 1991.– 3) Zu Preisen von 1992.

Quellen: Statistisches Bundesamt; OECD; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

DIW 98

Diese These basiert auf einer klaren empirischen Basis: Der Zusammenhang zwischen Investitionen und Erwerbstätigkeit ist in Westdeutschland, aber etwa auch in den USA, sehr eng (Abbildung 15). Die kritische Frage ist jedoch, ob Lohnzurückhaltung ein geeignetes Instrument ist, um die Investitionstätigkeit anzuregen. Die Antwort ist eindeutig nein. Im Falle einer Reallohnzurückhaltung, pro Kopf oder pro Stunde, die nicht — wie die Vertreter dieser These explizit zugestehen — mit einer sofortigen Ausweitung der Zahl der Erwerbstätigen oder der Arbeitsstunden verbunden ist, können die Gewinne nicht steigen.⁵ Die Verteilung mag sich zwar zugunsten der Unternehmen verbessern, die Gewinnsumme aber und damit die Rendite auf das eingesetzte Kapital kann auf diese Weise nicht erhöht werden. Selbst wenn durch die Reallohnsenkung zunächst bei den Unternehmen die Erwartung entsteht, die Gewinne würden steigen, kann diese doch nicht tragen. Das wird sich unmittelbar nach der Lohnsenkung infolge einer Korrektur der Absatzerwartungen zeigen.

Neben den Nachfrageausfall von seiten der privaten Haushalte mag kurzfristig eine Nachfrageausweitung aus dem Ausland treten, falls sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit wegen der Lohnzurückhaltung verbessert und das Ausland höhere Leistungsbilanzdefizite hinnimmt. Weil es zu einer solchen Nachfrageausweitung aus dem Ausland im vergangenen Jahr kam, sind die Gewinne der exportierenden Unternehmen und ihrer Vorleister zuletzt kräftig gestiegen. Dieser Effekt überlagert die negativen Wirkungen von seiten der Binnennachfrage. Die Gewinnsteigerung der Exportunternehmen sagt folglich nichts darüber aus, wie sich die Gewinnsituation bei einer anderen Lohnpolitik entwickelt hätte. Der positive Effekt von der Auslandsnachfrage vermag die ausgefallene Inlandsnachfrage in der Regel nicht aufzuwiegen, weil das Gewicht der Auslandsnachfrage im Vergleich zur Inlandsnachfrage schon in Volkswirtschaften wie Westdeutschland, insbesondere aber in Europa insgesamt oder den USA, zu gering ist. Folglich wird sich die Gewinnsituation in einem großen Industrieland bei Reallohnzurückhaltung oder gar einer Reallohnsenkung verschlechtern. Bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik hätten sich aller Voraussicht nach beide, Unternehmen und Arbeitnehmer, besser gestanden.

Die These von der guten und der schlechten Produktivität

Die Lohn-Gewinn-Investitionsthese wird häufig vermisch⁶ mit der Substitutionsthese, nach der das Verhältnis der Preise für Arbeit und Kapital darüber bestimmt, in welcher Proportion diese Faktoren eingesetzt werden. In diesem Sinne argumentiert auch die Deutsche Bundesbank. Nach ihrer Vorstellung kann durch „lohnpolitische Mäßigung“ einerseits „mehr Produktion rentabel und zugleich die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums erhöht werden“.⁷

Der gemischte Erklärungsansatz kann nicht mehr auf die empirische Evidenz des Zusammenhangs von Investitionen und Erwerbstätigen zurückgreifen. Wenn diese These richtig wäre, müßten sich Phasen identifizieren lassen, in denen die Unternehmen vermehrt in Sachkapital investieren und gleichzeitig Arbeitskräfte freisetzen, Phasen also, in denen die Produktivität infolge „überhöhter Arbeitskosten“ zu stark steigt. Solche Phasen lassen sich aber empirisch nicht beobachten. Immer wenn Arbeitskräfte freigesetzt werden, sinkt auch die „Neueinstellung“ von Sachkapital und dessen Auslastung.

Hinter dem gemischten Ansatz steht offenbar die Vorstellung, es gäbe eine wohlstandsmehrende und eine arbeitsplatzvernichtende, also eine „gute“ und eine „schlechte“ Produktivität. Die Strategie der Deutschen Bundesbank setzt zwar darauf, die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums zu erhöhen, also die Arbeitsproduktivität zu senken, ohne aber die Beschäftigungsschwelle „künstlich“ abzubremesen. Daraus folgt, daß Reallohnzurückhaltung kein „künstliches Abbremsen“ darstellt, und die dadurch induzierte Produktivitätsverlangsamung lediglich ein Abbremsen *nicht* „wohlstandsfördernden technischen Fortschritts“ darstellt.

Die Unterscheidung zwischen einer „guten“ und einer „schlechten“ Produktivität, die sich auch in dem häufig benutzten Begriff der Entlassungsproduktivität findet⁸, ist

⁵ Das ist zwingend nach der Kaldor'schen Verteilungsgleichung so, falls der Rückgang der Einkommen der privaten Haushalte nicht mit einem Rückgang der Sparquote einhergeht. (Vgl. A. Oberhauser: Die Bedeutung der Kreislauftheorie der Verteilung für Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.) Ein Rückgang der Sparquote bedeutet aber auch einen Rückgang des Kapitalangebots und bringt damit die gleichen Effekte mit sich wie staatliches deficit spending.

⁶ So beschreibt Siebert zunächst die Lohn-Gewinn-Investitionsthese als „Eine großzügigere Ausstattung der Arbeitnehmer mit Sachkapital führt zu einer höheren Produktivität der Arbeit. Dies verbessert die Einkommens- und Beschäftigungschancen...“, um im nächsten Halbsatz die Substitutionsthese darüberzustülpen: „... wenn gleichzeitig durch die Anreize am Arbeitsmarkt ... sichergestellt ist, daß den Unternehmen Investitionen nicht dazu dienen, Arbeitskräfte forciert durch Rationalisierungsinvestitionen einzusparen.“ H. Siebert: „Wieder in Marktprozessen denken“, FAZ vom 13.6.1998, S. 15.

⁷ Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1997, S. 35/36. „Eingebettet in eine längerfristig glaubwürdige Strategie lohnpolitischer Mäßigung und Flexibilität sowie flankiert von einer kosten-niveauorientierten Sozialpolitik bei insgesamt sinkender Abgabenbelastung könnte hierdurch mehr Produktion rentabel und zugleich die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums erhöht werden. Dieser Weg folgt dem Leitprinzip der ‚wirtschaftspolitischen Angemessenheit und Dauerhaftigkeit‘ auch in beschäftigungspolitischer Hinsicht, anstatt auf risikoreiche Strategien der Reallohnsteigerung zu setzen oder etwa auf den untauglichen interventionistischen Versuch, die Beschäftigungsschwelle durch ein künstliches Abbremsen des wohlstandsfördernden technischen Fortschritts zu manipulieren.“

⁸ Vgl. z.B. W. Franz: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik? In: ZEW news, Juni 1998, S. 6.

weder mikroökonomisch noch makroökonomisch überzeugend. Angenommen, ein Unternehmen investiere — ob wegen „zu hohen Löhnen“ oder aus ganz anderen Gründen sei zunächst dahingestellt — in neue Maschinen, die die Arbeitsproduktivität erhöhen, es also erlauben, die gleiche Produktionsmenge mit weniger Arbeitskräften zu erstellen. Sieht sich das Unternehmen einer konstanten Nachfrage gegenüber, obwohl es seine Preise dank der verbesserten Kostensituation senkt, muß es Arbeitskräfte entlassen. Es handelte sich demnach um „schlechte“, weil arbeitsplatzvernichtende Produktivität. Kann das Unternehmen aber mehr absetzen, weil sein Absatz wegen der Preissenkung steigt oder die Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft kräftig expandiert, wird es seine Arbeitskräfte halten können oder — bei Kombination beider positiver Nachfrageeffekte — sogar mehr Arbeitskräfte einstellen. Dann war die Produktivität „gut“, weil einkommens- und arbeitsplatzschaffend.

Aus dem Motiv für die Steigerung der Produktivität kann ebensowenig auf deren Ergebnis hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung geschlossen werden wie umgekehrt aus dem Ergebnis am Arbeitsmarkt auf die Motive für die Produktivitätssteigerung. Ob die Produktivität „gut“ oder „schlecht“ ist, hängt einzig und allein von der Nachfragesituation ab. Technisch gesprochen: Das Ergebnis einer Verschiebung der einzelwirtschaftlichen Angebotskurve nach rechts ist unbestimmt, solange *keine* Aussage über die Steigung und eine mögliche Verschiebung der Nachfragekurve (nach rechts) gemacht wird.

Produktivitätssteigerungen, wodurch sie auch immer motiviert sein mögen, sind zugleich *potentielle* Einkommenssteigerungen. Ob sie tatsächlich zu Einkommenssteigerungen werden, entscheidet die Nachfragesituation. Die potentielle Einkommenssteigerung, die mit der Verschiebung der Angebotskurve nach rechts verbunden ist, ist es, die mit dem Begriff „Says Law“ belegt werden kann: Das Angebot schafft sich „seine“ Nachfrage, wenn keine Nachfragerestriktionen existieren, die das verhindern.⁹

Für diese Überlegungen ist es keineswegs, wie die Deutsche Bundesbank glaubt, zwingend, den Produktivitätspfad als „exogen vorgegeben“ anzusehen; es ist lediglich die der Bundesbank-Analyse zugrunde liegende Annahme zu verwerfen, der Wachstumspfad sei exogen vorgegeben, die Beschäftigung ließe sich also durch eine höhere Beschäftigungsintensität via niedrigere Löhne unabhängig vom Wirtschaftswachstum erhöhen. Wenn man aber lediglich das *potentielle* Wachstum — schumpeterianisch — von der Dynamik der Angebotsseite abhängig sieht, trifft man die für eine Marktwirtschaft nicht ungewöhnliche Annahme, es gebe neben der Angebotsseite noch eine Nachfrageseite des Marktes, die beide zusammen Einkommen und Beschäftigung bestimmen.

Die reine Substitutionsthese

Für die reine Substitutionsthese, die Vermutung also, die Menge der Beschäftigung in einer Volkswirtschaft werde

vom Lohn-Zins-Verhältnis in einer Weise gesteuert, daß die Unternehmen bei „zu hohen“ Löhnen zur Herstellung ihrer Produktion mehr Kapital einsetzen und bei sinkenden Löhnen mehr Arbeit, widerspricht der hier vorgelegten empirischen Evidenz. Die Abbildung 15 zeigt sogar einen der Substitutionsthese genau zuwiderlaufenden Befund. Hätte die Substitutionsthese ein in die Waagschale fallendes Gewicht für die Erklärung der Wirklichkeit, müßten sich immer wieder Phasen der Wirtschaftsentwicklung beobachten lassen, in denen — wegen relativ sinkender Reallohne — die Unternehmen mehr Arbeitskräfte beschäftigen, aber weniger in den Aufbau des Kapitalstocks investieren und umgekehrt. Insbesondere in Phasen steigender Arbeitslosigkeit, wie Mitte der 70er und zu Beginn der 80er Jahre sowie seit 1992, müßten sich sowohl ein außerordentlicher Anstieg der Reallohne als auch eine verstärkte Investitionstätigkeit der Unternehmen nachweisen lassen, die versuchen, den Reallohn Druck durch eine Kapitalintensivierung der Produktion abzufangen. Das Gegenteil ist empirisch festzustellen. In den Phasen steigender Arbeitslosigkeit sinkt die Auslastung des vorhandenen Kapitalstocks, dieser wird also wie das Arbeitskräftepotential teilweise „arbeitslos“, und die Investitionstätigkeit geht stark zurück. Bleibt die Investitionsdynamik auch nach Ende der Rezession — wie z.B. nach 1993 — gering, bleiben auch Beschäftigungsimpulse aus.

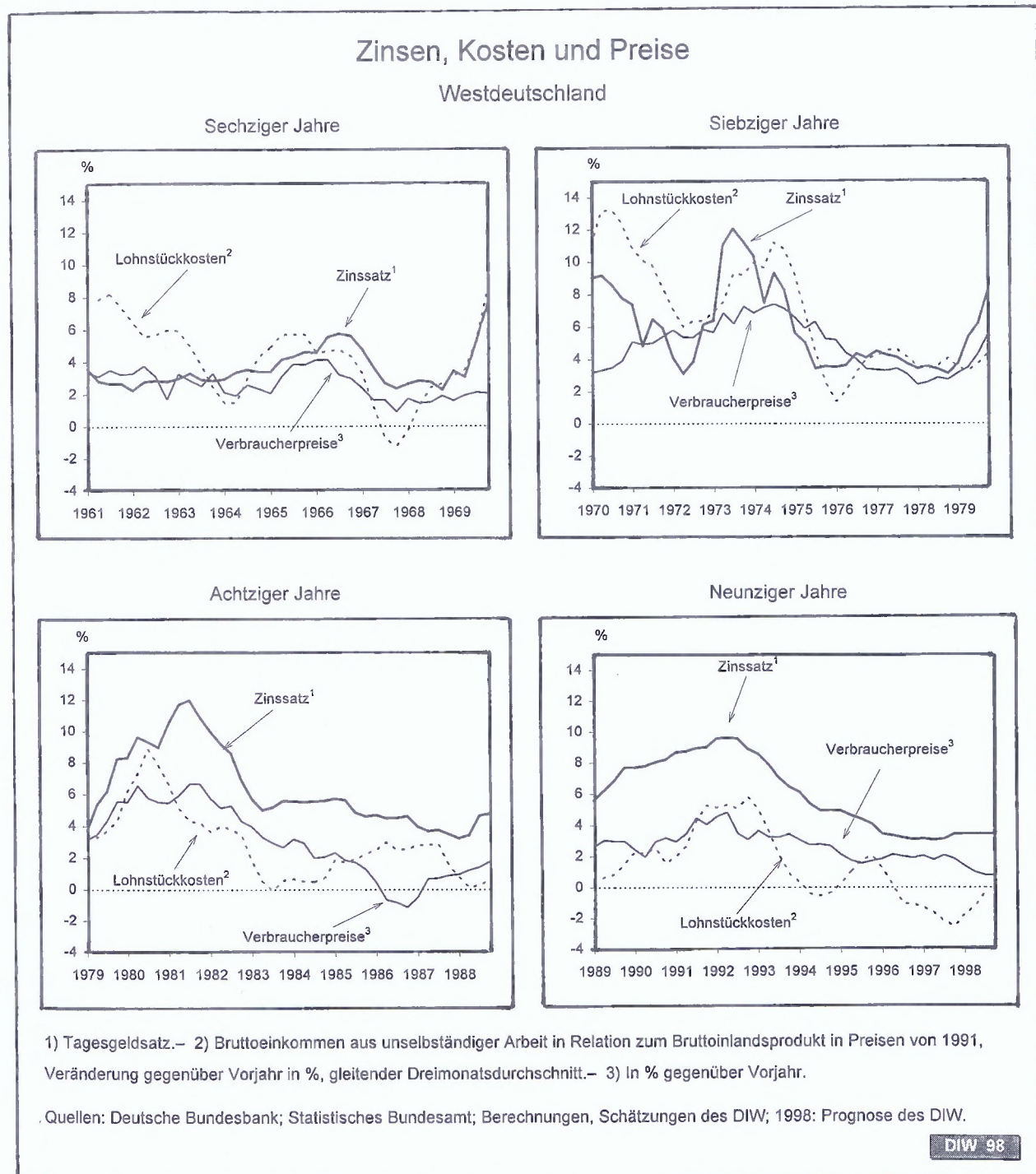
Die Unternehmen investieren zu einem bestimmten Zeitpunkt also immer in mehr zusätzliches Sachkapital *und* in Humankapital zugleich und nicht — wie die Substitutionsthese vermutet — in Arbeit *oder* in Kapital. Betrachtet man die Aufschwungsphasen der Vergangenheit etwas genauer, läßt sich dieser Befund weiter erhärten. Die Reallohnposition (Abbildung 11), also das Maß für die Reallohnzurückhaltung der Arbeitnehmer bzw. das Maß für die Verbesserung der Verteilungsposition der Unternehmen, sinkt in allen Aufschwungsphasen mit Ausnahme der 60er Jahre. Besonders stark geht sie im jüngsten Aufschwung zurück. Genau entgegengesetzt ist der Verlauf bei der

⁹ Vgl. dazu etwa Schumpeters Interpretation von Say's Law: "... the demand schedule for the product of the industry in question is derived from the income generated by all the others: its own contribution to total income being negligible, that schedule may be considered as given independently of its own supply ... We then have given independent demand and cost schedules that summarize the whole of the economic conditions of society to which the industry in question has to respond ... But it stands to reason that the particular industry's equilibrium output ... is the right output only with reference to the outputs of all the other industries. ... demand, supply, and equilibrium are concepts with which to describe quantitative relations *within* the universe of commodities and services. They do not carry meaning with respect to this universe itself. ... aggregate demand and aggregate supply are not independent of each other, because the component demands for the output of any industry ... comes from the supplies of all the other industries This is the proposition which ... I call Say's Law and which I believe renders Say's fundamental meaning." J.A. Schumpeter: History of Economic Analysis, Oxford 1954, S. 617.

Arbeitslosigkeit (Abbildung 10): In den 60er Jahren gelingt der stärkste Abbau, seit 1993 der bei weitem schwächste. Exakt die gleiche „Reihenfolge“ der Aufschwungsphasen wie bei der Arbeitslosigkeit findet sich bei der Investitionstätigkeit. Der jetzige Aufschwung weist keineswegs, wie es nach der Substitutionsthese zu erwarten gewesen wäre, eine hohe Investitionsdynamik bei geringer Beschäftigungsdynamik auf, vielmehr ist die Investitionsentwicklung so schwach wie nie zuvor.

Eine Erklärung für diese im Lichte der Substitutionsthese paradoxen Ergebnisse läßt sich finden, wenn man keynesianische Theorieelemente berücksichtigt. Betrachtet man die Nachfrageentwicklung im Zyklenvergleich und die kurzfristigen Zinsen, ist die schwache Investitions- und Arbeitsplatzdynamik nicht überraschend. In der ersten Phase nach der Rezession (1994 bis 1995) waren die von der Zentralbank gesetzten monetären Bedingungen weit ungünstiger als in vergleichbaren Phasen in den 60er und

Abbildung 16



70er Jahren (Abbildung 16). Der Realzins war weit höher als damals. Lediglich zu Anfang der 80er Jahre hatten die monetären Bedingungen einen vergleichbar restriktiven Effekt wie in den 90er Jahren. Hinzu kamen 1992 und 1995 noch kräftige Aufwertungen der D-Mark, die die deutschen Lohnkosten in internationaler Währung gerechnet erheblich verteuerten.

Der Export fand daher, wie Abbildung 10 zeigt, erst später Anschluß an die Entwicklung früherer Zyklen, hat inzwischen aber sogar eine Spitzenposition erobert. Weitaus ungünstiger verläuft freilich der private Verbrauch. Besonders augenfällig ist der Gegensatz zum Aufschwung Ende der 60er Jahre. Waren damals die Nominal- und Reallöhne unmittelbar nach der Rezession sehr kräftig gestiegen und mit den Reallöhnen auch der private Verbrauch, war es diesmal umgekehrt (Tabellen 5 und 6). Die Reallöhne nahmen außer im Jahre 1995 praktisch überhaupt nicht zu, in einer Netto-Rechnung sanken sie sogar, und der private Verbrauch stagnierte nahezu. Sehr ausgeprägt war dieses Muster vor allem in den letzten beiden Jahren. Während sich in allen anderen Zyklen spätestens zwei bis drei Jahre nach Beginn des Aufschwungs das Wachstum des privaten Verbrauchs beschleunigte, flachte es sich 1996 und insbesondere 1997 sogar nochmals ab. Die Stagnation im vergangenen Jahr markierte, wie Tabelle 6 zeigt, die schlechteste Entwicklung des privaten Verbrauchs in Deutschland, die jemals außerhalb eines Rezessionsjahres zu beobachten war. Daß die Investitionsdynamik äußerst verhalten blieb, ist also trotz des Exportbooms erklärlich, nämlich im Rahmen einer keynesianischen Theorie.

Eine hybride keynesianische These

Häufig wird auf empirische Befunde verwiesen, die belegen sollen, daß Lohnzurückhaltung zu positiven Beschäftigungseffekten führt.¹⁰ Die diesem Befund zugrunde liegende These beruht allerdings keineswegs auf der neoklassischen Theorie, sondern ist als eine Art hybrider keynesianischer Erklärung anzusprechen, weil sie nicht auf Substitution, sondern im besten Fall auf einem Geldmengeneffekt basiert.

Lohnzurückhaltung liegt nach dieser These dann vor, wenn der Zuwachs der ausbezahlten Löhne hinter dem Zuwachs der nominalen gesamtwirtschaftlichen Produktion zurückbleibt. Je stärker diese Lohnzurückhaltung, um so stärker steigt die Beschäftigung. Das besagt allerdings lediglich, daß nur die Erlöse der Unternehmen, die nicht für die Löhne der schon beschäftigten Arbeitnehmer bzw. für die Bedienung des schon beschäftigten Kapitals aufgewendet werden, Gewinne darstellen und prinzipiell für Neueinstellungen zur Verfügung stehen. Eine solche Aussage ist von einer Definitionsgleichung nicht weit entfernt.

Wie wenig Erklärungswert die Art der Lohnzurückhaltung hat, zeigt schon der empirische Befund: Trotz eines Zurückbleibens der Nominallöhne hinter der Entwicklung

des nominalen Bruttoinlandsprodukts von einem halben Prozent jährlich in den Jahren 1994 bis 1997 ist in Deutschland die Beschäftigung nicht gestiegen, sondern in jedem Jahr durchschnittlich um ein Prozent gefallen. Das kann — bei gegebener gesamtwirtschaftlicher Produktionssteigerung — offenbar nur an der Gewinnentwicklung liegen. Tatsächlich sind die Gewinne keineswegs zurückhaltend gewesen, sondern kräftig gestiegen. Aus der nominalen Lohnzurückhaltung von einem halben Prozentpunkt wurde aufgrund der gleichzeitig eingetretenen Reallohnzurückhaltung und der damit verbundenen Gewinnexpansion ein negativer Beschäftigungseffekt von einem Prozent. Wären die Bruttoeinkommen der Unternehmen in dieser Zeit weniger stark gestiegen, z. B. nur genauso stark wie die Löhne, wäre nach dieser Logik mehr Beschäftigung möglich gewesen, nämlich im Maße der dann größeren Differenz der Zuwachsraten von nominaler Gesamtnachfrage und Nominallohnsatz.

Die hybride keynesianische These ist zur Erklärung der Beschäftigung nicht geeignet, weil sie zwei Größen miteinander in Beziehung setzt, die nicht unabhängig voneinander sind. Die Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft reagiert auf die Entwicklung der Gewinne ebenso wie auf die der Löhne, sie ist keine vorgegebene Größe. Insofern „belegt“ ein internationaler Vergleich von „Lohnzurückhaltung“ und Beschäftigung nur, daß es in einigen Ländern besser als in anderen gelungen ist, eine Nachfrage zu initiieren, deren Beschäftigungswirkungen nicht von der Lohnpolitik oder stark steigenden Gewinnen konterkariert wurde. Ob die empirisch beobachtbare Kombination von nominalem Wachstum und Nominallohnentwicklung vorwiegend das Ergebnis einer aktiv zurückhaltenden Lohnpolitik war oder eines aktiven Einsatzes ganz anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wie der EU-Transfers in Irland oder einer expansiven Fiskalpolitik in Westdeutschland zu Anfang der 90er Jahre, kann mittels der hybriden keynesianischen These nicht entschieden werden.

Eine monetär keynesianische These

Erst wenn man an die Stelle des nominalen Bruttoinlandsprodukts in der hybriden keynesianischen These die von der Zentralbank gesteuerte Geldmenge setzt, erhält man einen aussagekräftigen Zusammenhang in Form einer monetär keynesianischen These. Ist die Beziehung zwischen der Geldmenge und der Gesamtnachfrage stabil, kann die Zentralbank über die Steuerung der Geldmenge nämlich auch die Nachfrage beeinflussen.

Nominale Lohnzurückhaltung führt in diesem Fall genau dann zu mehr Beschäftigung, wenn sie nicht durch steigende Gewinne konterkariert wird. Um das an einem Zahlenbeispiel zu verdeutlichen: In einer Wirtschaft mit einem zu erwartenden Wachstum der Produktivität von 3 % und

¹⁰ Vgl. H. Lehment: Geldpolitik und lohnpolitischer Verteilungsspielraum in der Europäischen Währungsunion. In: Die Weltwirtschaft, Heft 1, 1998, S. 72-84.

einer Zielinflationsrate von 2 % bleibt die Beschäftigung gerade unverändert, wenn die Zentralbank die Geldmenge um 5 % ausweitet und Nominallöhne und Gewinne ebenfalls um 5 % steigen. Die reale Gesamtproduktion kann dann wie die reale Geldmenge um 3 % zulegen, was exakt der Zuwachsrate der Produktivität und der realen Zunahme der Einkommen beider Produktionsfaktoren entspricht. Eine Geldpolitik, die die Geldmenge nicht stärker als das Wachstum der Arbeitsproduktivität ausweitet, läßt höhere Beschäftigung nicht zu.

Lohnzurückhaltung, also etwa eine Erhöhung der Nominallöhne um lediglich 4 %, kann zu mehr Beschäftigung führen, wenn bei unveränderter Zunahme der Produktivität die Unternehmen die Kostensenkung in den Preisen weitergeben und das Preisniveau nur noch um 1 %, die Geldmenge aber weiter um 5 % expandiert. Dann nimmt die reale Geldmenge um 4 % zu, die Zinsen sinken, und die reale Gesamtnachfrage, die Produktion und die realen Gewinne werden um 4 % ausgeweitet. Die Beschäftigung steigt jetzt um 1 %. Die Reallöhne bleiben unverändert bei einer Zuwachsrate von 3 %, so daß sich bei einer Zunahme der gesamten Arbeitseinkommen von 4 % eine konstante Lohnquote ergibt. Die Zielinflationsrate von 2 % wird jetzt allerdings — nach unten — verfehlt.

Gäben die Unternehmen die durch die geringeren Lohnzuwächse bedingte Kostensenkung nicht in den Preisen weiter, ginge der Reallohnzuwachs von 3 % auf 2 % zurück. Die Beschäftigung aber könnte trotz der (realen und nominalen) Lohnzurückhaltung und der entsprechenden Gewinnzunahme nicht expandieren, weil die reale Geldmenge und damit die reale Produktion nur in Höhe der Produktivität, also um 3 %, zulegen. Die Verschiebung der Verteilung zugunsten der Unternehmen brächte also für den Arbeitsmarkt nichts.

Diese Überlegungen sind mit einer keynesianischen Theorie, die auf Wachstum durch Anregung auf der Nachfrageseite, was die monetäre Seite einschließt, setzt, ohne weiteres kompatibel. Nicht Reallohnzurückhaltung, die die private Nachfrage gefährden könnte, ist hier notwendig, sondern eine Nominallohnzurückhaltung, die verhindert, daß die Lohnstückkosten stärker steigen, als das Inflationsziel angesetzt ist. Die Reallöhne können und sollen sich im Tempo der Produktivitätszunahme entwickeln. Die Geldmengenausweitung muß über das Produktivitätswachstum hinausgehen, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen. Das Beispiel der USA in den 90er Jahren zeigt, daß nominale Zurückhaltung der Löhne sinnvoll und notwendig ist, solange die Entwicklung der Lohnstückkosten über dem Inflationsziel der Notenbank liegt. Bei einer derartig zurückhaltenden Lohnpolitik ergeben sich gleichwohl Reallohnzuwächse in der Größenordnung der Produktivitätssteigerung, während die Beschäftigungssicherung von der Zentralbank über die „quantity of money in wage units“ (J. M. Keynes) aktiv betrieben wird.

Lohnsenkung als Allheilmittel?

Zwar gibt es keinen empirischen Nachweis für eine länger anhaltende Fehlentwicklung bei den Reallöhnen. Dennoch wird in der Debatte um die angemessene Lohnpolitik behauptet, ein Zurückbleiben der Reallöhne hinter der Produktivität sei bei Unterbeschäftigung auf jeden Fall, also unabhängig von den die Arbeitslosigkeit auslösenden Schocks, einzufordern.¹¹ Die sog. „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“, die das DIW vertritt, d.h. eine Übereinstimmung von Produktivitätsfortschritt und Reallohnzuwachs, sei folglich nur für eine Situation der Vollbeschäftigung angemessen. In einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft müsse der Reallohnanstieg hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleiben, wolle man Arbeitslosigkeit abbauen.¹² Eine solche Therapie wäre ohne weiteres vertretbar, wenn die Diagnose zuvor gezeigt hätte, daß tatsächlich „hochlohnbedingte“ Arbeitslosigkeit vorliegt, also die Unterbeschäftigung im wesentlichen Folge zu stark gestiegener Reallöhne ist. Weder einen empirischen Befund, noch überhaupt einen Nachweisversuch in dieser Richtung findet man aber bei den Vertretern der Reallohnzurückhaltungsthese.

Die These einer generellen Reallohnzurückhaltung — denkt man sie zu Ende — hat enorme Konsequenzen. Wenn die Reallöhne bei Unterbeschäftigung, ganz gleich welche Ursachen die Arbeitslosigkeit hat, immer hinter der Produktivitätszunahme zurückbleiben müssen, bei Vollbeschäftigung aber lediglich im „Ausmaß des Produktivitätsfortschritts“ zunehmen dürfen, sinkt der Anteil der Arbeitnehmerinkommen am Volkseinkommen permanent. Bei Arbeitslosigkeit *muß* die Lohnquote nämlich nach dieser These sinken, bei Vollbeschäftigung *muß* sie konstant bleiben. Eine Empfehlung für die Lohnpolitik, die einen abnehmenden Trend der Lohnquote zur Folge hat, ist aber abwegig, weil am Ende selbst eine Lohnquote von Null nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Nur eine ins Absurde gesteigerte Vernachlässigung der Nachfrageseite einer Marktwirtschaft kann zu einer solchen Empfehlung führen. Alle Erfahrung und der Großteil der ökonomischen Theorien jenseits der Marx'schen Verelendungsthese sprechen hingegen dafür, daß die sich am Markt ergebende funktionale Einkommensverteilung keinen Trend hat, sondern um einen relativ festen Wert schwankt.

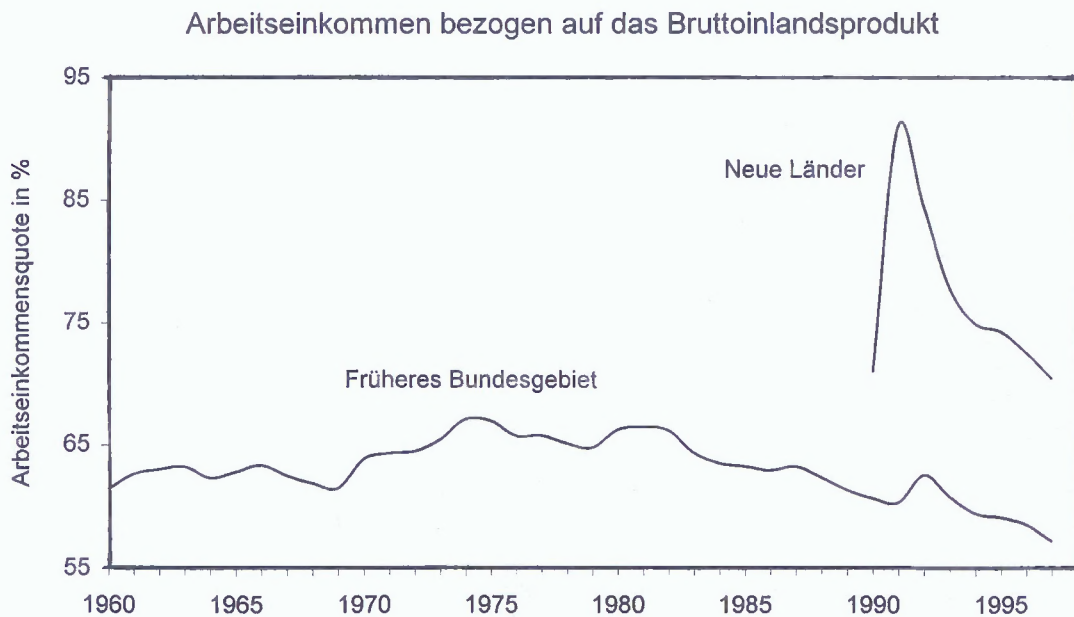
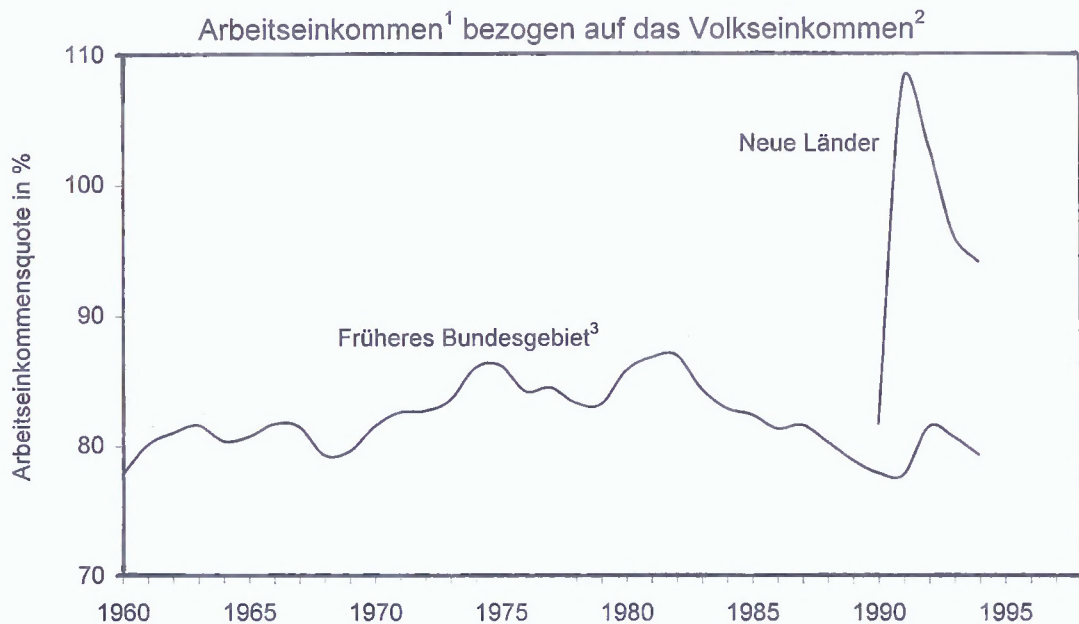
Mit einer langfristig stabilen Lohnquote vereinbar ist dagegen eine Position, die „neoklassische Arbeitslosigkeit“, also Arbeitslosigkeit, die mit einer kräftigen, weil über die üblichen zyklischen Schwankungen hinaus gestiegenen Lohnquote einhergeht, mit Reallohnzurückhaltung bekämpfen will. Die Lohnquote muß dann so lange sinken, wie das „Ungleichgewicht“ am Arbeitsmarkt besteht. Im

¹¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 20-21/98, Mehrheitsmeinung, S. 362.

¹² Siebert, a.a.O. (FAZ). Siebert schreibt explizit: „Bei Vollbeschäftigung sind Lohnerhöhungen im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts zu halten.“

Abbildung 17

Arbeitseinkommensquote in Deutschland



- 1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit unter Berücksichtigung eines fiktiven Unternehmerlohns.– 2) Das Volkseinkommen wird für Ostdeutschland von 1995 an nicht mehr berechnet.– 3) Vgl. Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1997/98, S. 259.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Sachverständigenrat; Berechnungen des DIW.

DIW 98

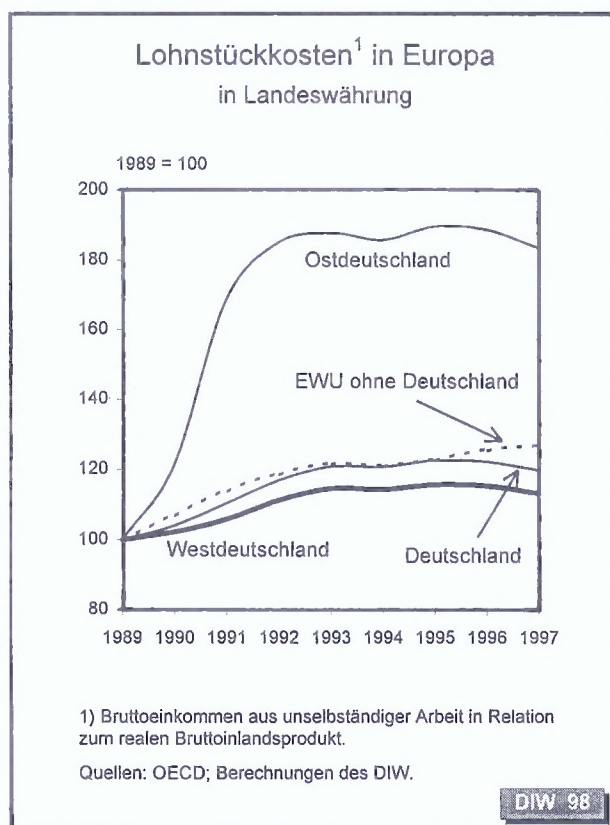
Ergebnis wird die Lohnquote über Phasen der Arbeitslosigkeit und der Vollbeschäftigung hinweg konstant bleiben. Eine solche Position konnte man etwa Ende der 70er Jahre für Westdeutschland mit einer gewissen Berechtigung vertreten, weil vorher die Arbeitseinkommens- und die Lohnquote stark gestiegen waren (Abbildung 17). Dieser Befund bildete auch die Basis für die sog. wage gap-Analysen Mitte der 80er Jahre, die regelmäßig zu dem Ergebnis kamen, in Deutschland und in Europa insgesamt seien die Löhne zu hoch.

Eine solche empirische Basis gibt es jetzt nicht mehr. Seit Beginn der 80er Jahre ist die Arbeitseinkommensquote in Deutschland (und ganz Europa) fast durchgängig gefallen.¹³ In Westdeutschland hat sie 1997 den niedrigsten Stand in der Nachkriegsgeschichte erreicht und ist in den letzten Jahren auch während des Anstiegs der Arbeitslosigkeit kräftig zurückgegangen. Angesichts dieses Befundes kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Die Arbeitslosigkeit, die in den 90er Jahren in Westdeutschland entstanden ist, ist auf keinen Fall reallohnbedingt, also nicht vom Typ „neoklassische Arbeitslosigkeit“, und kann folglich auch nicht durch Reallohnzurückhaltung beseitigt werden.

Diese Erkenntnis hat enorme Bedeutung für das Verhalten der Gewerkschaften in der Zukunft. Bleibt der Reallohn auch künftig hinter dem Produktivitätszuwachs zurück, ist nicht damit zu rechnen, daß bei einem höheren Beschäftigungsstand die für Preisstabilität erforderliche Produktivitätsorientierung der Löhne eingefordert werden kann. Vielmehr dürften die Gewerkschaften versuchen, die Umverteilungsverluste in den vergangenen 20 Jahren durch höhere Lohnabschlüsse wieder auszugleichen. Geschieht das in Europa, droht das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank verfehlt zu werden, da die Lohnstückkosten dann stärker steigen werden, als mit dem Inflationsziel der Zentralbank vereinbar. Die Notenbank wird darauf mit einer Restriktionspolitik antworten, die — wie in der Vergangenheit — die Investitionen in Sach- und in Humankapital vermindern und damit einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen wird.

Wie wichtig eine angemessene Diagnose für die Forderungen nach einem Zurückbleiben der Reallöhne in Westdeutschland ist, läßt sich am Beispiel Ostdeutschlands belegen. Hier hat auch das DIW immer gesagt, daß der Lohnanpassungsprozeß zu schnell war, die Reallöhne — gemessen an der Produktivität — zu hoch sind, und Korrekturbedarf im Sinne eines Zurückbleibens der Reallöhne hinter der Produktivität besteht. In Ostdeutschland ist die Quote der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen zu Beginn des Vereinigungsprozesses rasch nach oben geschossen und damit weit über das Niveau hinaus, das in Marktwirtschaften tragfähig ist (Abbildung 17). Gemessen am Volkseinkommen wurden zeitweise über 100 % erreicht, der Unternehmenssektor insgesamt machte also Verluste. Seit 1993 ist zwar eine Korrektur eingetreten, doch müssen — gemessen am Maßstab Westdeutsch-

Abbildung 18



lands — die Reallöhne immer noch als überhöht gelten. Folglich müssen hier die Reallöhne hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. Es ist aber fehl am Platz, für Westdeutschland die gleiche Therapie wie für Ostdeutschland zu fordern.

Der Reallohnzurückhaltungsthese ist aus einem zweiten Grund zu widersprechen. Eine einzelne Volkswirtschaft kann nicht permanent an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, andere nicht permanent verlieren. Technisch ausgedrückt: Ebenso wenig wie die Lohnquote kann der reale Wechselkurs einer autonomen Region oder einer eigenständigen Volkswirtschaft einen ab- oder aufwärtsgerichteten Trend aufweisen. Auch hier führt die These der Reallohnzurückhaltung, insbesondere in der EWU, zu abwegigen Ergebnissen.

Es ist unbestritten, daß in der EWU der Wechselkurs als Puffer entfällt und die Löhne ihre Funktion als Schockabsorber in den Fällen übernehmen müssen, in denen eine Volkswirtschaft preisliche Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen muß.¹⁴ Wenn also eine Volkswirtschaft an Wettbe-

¹³ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/97, S. 847 ff.

¹⁴ Vgl. Horst Siebert: Kein degenerativer Prozeß. In: Wirtschaftswoche, Nr. 24 vom 4. Juni 1998, S. 24.

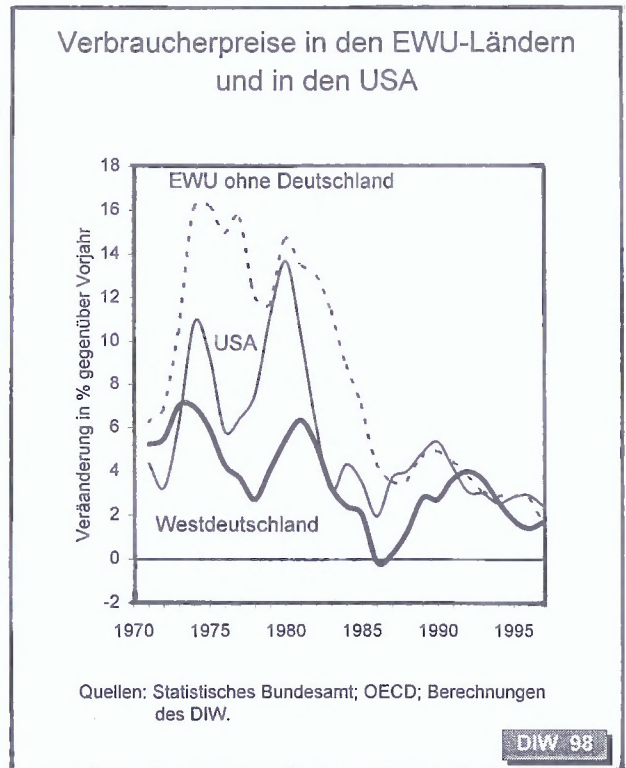
werbsfähigkeit durch zu stark steigende Lohnstückkosten verloren hat (reale Aufwertung), muß sie in der Tat Lohnzurückhaltung üben (reale Abwertung), und alle Handelspartner müssen das im Sinne einer Nicht-Reaktion akzeptieren, will die zurückgefallene Volkswirtschaft das einmal verlorene Terrain wiedergewinnen. Über die Phasen des Verlustes und des Gewinns an Wettbewerbsfähigkeit hinweg entsprechen sich „Arbeitskosten“ und „Arbeitsproduktivität“, der reale Wechselkurs bleibt langfristig konstant. Dies soll — nimmt man die These von der Reallohnzurückhaltung zum Maßstab — nicht für die Verhältnisse in der Europäischen Währungsunion gelten. Obwohl die westdeutsche Wirtschaft hier nachweislich nie an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, sondern bei den Lohnstückkosten sogar besser war als die Partner, die ihre Wechselkurse lange Zeit nicht geändert hatten (Abbildung 18), wird jetzt empfohlen, die deutschen Lohnstückkosten müßten in der Währungsunion zurückbleiben, um die Wettbewerbsposition Deutschlands zu verbessern.

Diese Forderung — nämlich real abzuwerten, ohne vorher aufgewertet zu haben — verstößt gegen das zentrale Prinzip, das der Theorie des Freihandels von jeher zugrundegelegt hat: Freier Handel unter Volkswirtschaften gleicher Entwicklungsstufe ist nur möglich, wenn es keinem der beteiligten Handelspartner gelingt, permanent Marktanteile zu gewinnen. Das ist nur bei langfristig konstantem realen Wechselkurs möglich.¹⁵ Marktanteile gewinnen können und sollen lediglich Länder, die gegenüber den Ländern an der Spitze der Einkommenspyramide noch zurückliegen, da sonst Aufholen unmöglich wäre.

Wenn ein großes und reiches Land wie Deutschland eine Politik der realen Abwertung betreibt, sind früher oder später die Partner in der Währungsunion gezwungen, ihre reale Aufwertung durch eine Lohnsenkung zu beenden, schließt man realistischerweise groß angelegte Transfermechanismen in Europa aus. In allen Ländern würden dann die Lohnstückkosten sinken müssen. Das aber wäre eine gefährliche Option für Europa insgesamt. Sie bringt die Gefahr einer Deflation für ganz Europa mit sich, ohne daß sie Vorteile hätte, die nicht mit stabilen oder leicht steigenden Lohnstückkosten bei einer angemessenen Geldpolitik zu erzielen wären.

Daß auch im Bereich der Währungsrelationen nur Ursachen-therapie eine angemessene Antwort auf Fehlentwicklungen ist, läßt sich wiederum am Beispiel Ostdeutschlands zeigen. Hier hat es, wie die Entwicklung der Lohnstückkosten belegt (Abbildung 18), eine dramatische Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegeben. Diese muß, wenn die neuen Länder von Transferzahlungen des Westens unabhängig werden wollen, korrigiert werden. Folglich müssen die Lohnstückkosten sinken oder weiter weniger stark steigen als in Westdeutschland und im Rest der EWU. Die ostdeutsche Wirtschaft wertet dann real ab, der Westen real auf; Ostdeutschland gewinnt und der Westen verliert Marktanteile. Dies wird ebenfalls von den Vertretern der These, Lohnzurückhaltung sei auch im

Abbildung 19



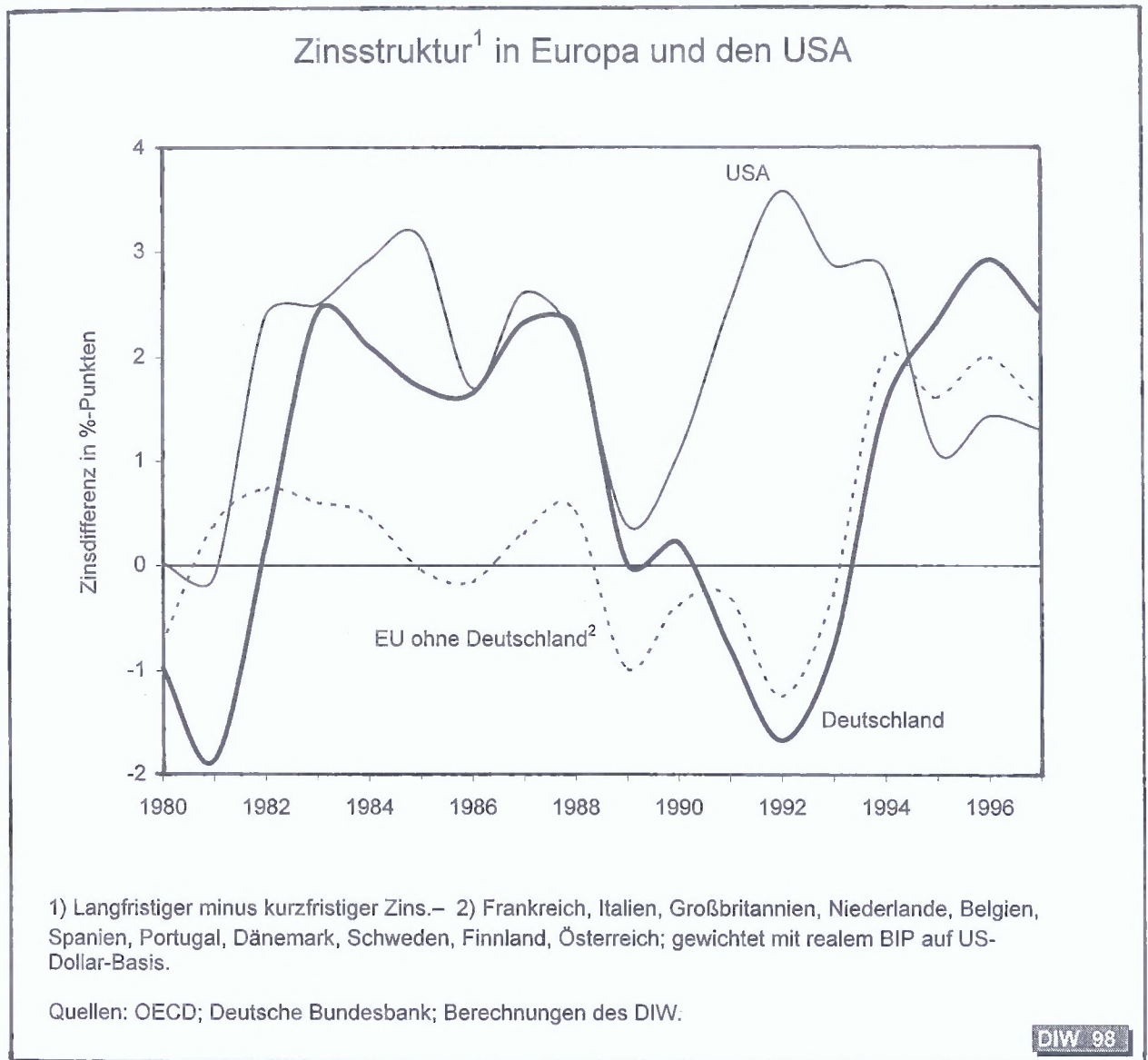
Westen notwendig, konstatiert. Es ist aber schlicht inkonsistent, dies für beide Teile Deutschlands zu fordern. Das Referenzsystem, auf dem solche Forderungen basieren, kann nicht das einfache Vorurteil, „wenn Arbeitslosigkeit herrscht, sind die Löhne zu hoch“, sein, sondern nur eine ursachenorientierte Diagnose in Verbindung mit einer ursachenadäquaten Therapie, die mit einer langfristig konstanten Lohnquote und einem langfristig konstanten realen Wechselkurs vereinbar ist.

Zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit in Europa

Warum ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Europa viel höher als in den USA? Das DIW hat schon in seinem Minderheitsvotum in der Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 1997 darauf hingewiesen, daß Erklärungen, die auf das Reallohniveau abstellen, nicht greifen. Seit Beginn der 80er Jahre laufen die Arbeitsmarktentwicklungen in Europa und den USA auseinander. Seit dieser Zeit

¹⁵ Nur um die Frage, ob der reale Wechselkurs einen Trend haben kann, geht es bei der aktuellen Lohndiskussion. Deswegen ist es nichts anderes als der Versuch, vom eigentlichen Thema abzulenken, wenn immer wieder behauptet wird, das DIW unterstelle, der Freihandel sei generell ein Nullsummenspiel. Es geht nur um Abwertungswettläufe, die zwingend Nullsummenspiele sind.

Abbildung 20



gab es in Europa und Deutschland eine weit ausgeprägtere Reallohnzurückhaltung als in den USA. Die Reallohne können folglich nicht der Grund für die anhaltend hohe und in den 90er Jahren sogar noch einmal gestiegene Arbeitslosigkeit in Europa gewesen sein. Besonders erstaunlich an dem empirischen Befund ist, daß Westdeutschland von 1982 bis 1992 bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchaus erfolgreich war. Am Ende dieser Periode war die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesunken, und die Arbeitslosenquote lag unterhalb der der USA. Eine Erklärung für die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den beiden Kontinenten muß in der Lage sein, diesem Faktum Rechnung zu tragen.

Eine Erklärung, die das kann, findet man in den monetären Bedingungen der betrachteten Volkswirtschaften. Die gesamten 80er Jahre waren von dem Versuch der meisten europäischen Länder gekennzeichnet, bei der Stabilisierung des Preisniveaus mit Westdeutschland gleichzuziehen. Dem standen allerdings z. T. widrige institutionelle Voraussetzungen, wie z. B. Indexierungsmechanismen entgegen, die eine hohe *nominale* Rigidität der Löhne und der Preise zur Folge hatten. So sind die Inflationsraten in den EWU-Ländern nach der zweiten Ölkrise trotz größeren geldpolitischen Drucks weit langsamer zurückgegangen als in Westdeutschland und den USA (Abbildung 19). Folglich mußten diese Länder weitaus länger und weitaus stär-

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-1,4	-0,1	0,4	-0,4	0,2	0,5	0,4
Arbeitszeit	-0,2	0,8	0,4	0,0	1,5	0,3	0,6
Arbeitsvolumen	-1,6	0,6	0,9	-0,4	1,7	0,7	1,0
Produktivität ¹⁾	3,8	2,0	1,2	3,3	0,7	1,0	1,4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,2	2,6	2,1	2,9	2,4	1,8	2,4
Nachrichtlich: in Mrd. DM	3 121,2	3 203,4	3 269,9	1 562,6	1 640,7	1 590,3	1 679,6

WESTDEUTSCHLAND

Erwerbstätige (im Inland)	-1,0	0,2	0,5	0,0	0,4	0,5	0,5
Arbeitszeit	0,0	0,7	0,5	0,0	1,5	0,5	0,5
Arbeitsvolumen	-1,0	0,9	1,0	0,0	1,9	1,0	1,1
Produktivität ¹⁾	3,3	1,7	1,0	2,9	0,6	0,8	1,3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	2,2	2,7	2,1	2,9	2,5	1,8	2,3
Nachrichtlich: in Mrd. DM	2 831,0	2 907,0	2 967,1	1 421,1	1 485,9	1 446,4	1 520,7

OSTDEUTSCHLAND

Erwerbstätige (im Inland)	-3,3	-1,5	0,0	-2,5	-0,6	0,3	-0,3
Arbeitszeit	-0,9	0,4	0,7	-0,5	1,4	0,5	1,0
Arbeitsvolumen	-4,1	-1,2	0,7	-3,0	0,7	0,7	0,7
Produktivität ¹⁾	6,0	3,4	1,5	5,8	1,0	0,9	1,9
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	2,1	2,2	2,6	1,7	1,7	2,7
Nachrichtlich: in Mrd. DM	290,2	296,4	302,8	141,6	154,8	143,9	158,9

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)
a) Absolute Werte

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM)	1 908,9	1 935,7	1 984,8	910,5	1 025,2	930,9	1 053,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 520,5	1 542,3	1 583,2	724,0	818,3	741,1	842,1
Lohnstückkosten ²⁾	94,4	92,7	92,2	90,0	95,2	89,5	94,6

WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM)	1 636,6	1 662,6	1 704,9	782,3	880,3	799,3	905,6
Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	1 296,5	1 318,0	1 353,5	618,8	699,1	633,3	720,2
Lohnstückkosten ²⁾	95,0	93,2	92,7	90,4	95,9	89,8	95,4

OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit (Mrd. DM)	272,2	273,1	279,9	128,2	144,9	131,6	148,3
Bruttolohn- u. -gehaltsumme (Mrd. DM)	224,0	224,3	229,7	105,2	119,2	107,9	121,9
Lohnstückkosten ²⁾	77,5	76,6	76,5	75,5	77,6	76,0	77,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	0,2	1,4	2,5	1,0	1,8	2,2	2,8
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	-0,5	1,4	2,7	1,0	1,9	2,4	2,9
Lohnstückkosten ²⁾	-2,4	-1,8	-0,5	-2,3	-1,3	-0,5	-0,6

WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	0,4	1,6	2,5	1,3	1,8	2,2	2,9
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	-0,2	1,7	2,7	1,3	2,0	2,3	3,0
Lohnstückkosten ²⁾	-2,3	-1,9	-0,6	-2,3	-1,5	-0,7	-0,6

OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	-1,1	0,3	2,5	-0,8	1,3	2,6	2,4
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	-2,0	0,2	2,4	-1,0	1,2	2,5	2,3
Lohnstückkosten ²⁾	-2,9	-1,1	-0,1	-2,4	0,0	0,7	-0,8

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	2 084,0	2 135,9	2 201,5	1 042,5	1 093,4	1 072,3	1 129,3
Staatsverbrauch	705,2	714,3	725,5	337,3	377,0	342,2	383,3
Anlageinvestitionen	731,1	744,9	758,8	356,4	388,5	356,3	402,5
Ausrüstungen	279,5	303,2	318,7	141,0	162,2	148,6	170,1
Bauten	451,6	441,7	440,1	215,4	226,3	207,7	232,4
Vorratsveränderung	60,3	76,1	74,5	51,0	25,1	49,3	25,3
Inlandsnachfrage	3 580,6	3 671,2	3 760,3	1 787,3	1 883,9	1 820,0	1 940,3
Außenbeitrag	61,2	90,3	116,5	35,9	54,4	53,0	63,5
Ausfuhr	967,9	1 077,8	1 149,2	515,4	562,4	557,5	591,6
Einfuhr	906,7	987,5	1 032,7	479,5	507,9	504,5	528,2
Bruttoinlandsprodukt	3 641,8	3 761,5	3 876,9	1 823,1	1 938,3	1 873,0	2 003,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,2	2,5	3,1	2,4	2,6	2,9	3,3
Staatsverbrauch	0,1	1,3	1,6	0,9	1,6	1,4	1,7
Anlageinvestitionen	0,1	1,9	1,9	3,0	0,9	0,0	3,6
Ausrüstungen	4,3	8,5	5,1	9,0	8,1	5,4	4,9
Bauten	-2,3	-2,2	-0,4	-0,6	-3,6	-3,6	2,7
Inlandsnachfrage	2,3	2,5	2,4	2,9	2,2	1,8	3,0
Ausfuhr	11,8	11,4	6,6	11,9	10,9	8,2	5,2
Einfuhr	10,2	8,9	4,6	9,9	8,0	5,2	4,0
Bruttoinlandsprodukt	2,8	3,3	3,1	3,5	3,1	2,7	3,4

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 756,7	1 782,5	1 817,6	870,4	912,2	885,4	932,2
Staatsverbrauch	613,7	616,6	618,1	303,1	313,5	303,7	314,4
Anlageinvestitionen	662,7	679,1	692,0	324,3	354,8	324,9	367,1
Ausrüstungen	270,1	292,0	305,6	136,1	156,0	142,8	162,8
Bauten	392,6	387,1	386,4	188,3	198,8	182,1	204,3
Vorratsveränderung	57,0	76,3	72,9	48,5	27,8	45,5	27,3
Inlandsnachfrage	3 090,1	3 154,6	3 200,6	1 546,3	1 608,2	1 559,6	1 641,0
Außenbeitrag	31,1	48,8	69,3	16,3	32,5	30,7	38,6
Ausfuhr	921,3	1 019,1	1 077,8	488,2	530,9	525,0	552,8
Einfuhr	890,2	970,3	1 008,5	471,9	498,4	494,3	514,2
Bruttoinlandsprodukt	3 121,2	3 203,4	3 269,9	1 562,6	1 640,7	1 590,3	1 679,6
Nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	3 095,8	3 181,1	3 249,0	1 551,3	1 629,7	1 579,7	1 669,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	0,2	1,5	2,0	1,3	1,7	1,7	2,2
Staatsverbrauch	-0,4	0,5	0,2	0,4	0,6	0,2	0,3
Anlageinvestitionen	0,2	2,5	1,9	3,6	1,5	0,2	3,5
Ausrüstungen	3,9	8,1	4,6	8,5	7,7	4,9	4,4
Bauten	-2,2	-1,4	-0,2	0,3	-3,0	-3,3	2,8
Inlandsnachfrage	1,2	2,1	1,5	2,4	1,8	0,9	2,0
Ausfuhr	10,7	10,6	5,8	11,0	10,3	7,5	4,1
Einfuhr	7,0	9,0	3,9	9,5	8,6	4,8	3,2
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,6	2,1	2,9	2,4	1,8	2,4
Nachrichtlich:							
Bruttosozialprodukt	2,1	2,8	2,1	2,9	2,6	1,8	2,4

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	1,0	1,1	1,2	0,9	1,1	1,1
Staatsverbrauch	0,5	0,8	1,3	0,6	1,0	1,2	1,4
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,6	0,0	-0,6	-0,5	-0,2	0,1
Ausrüstungen	0,4	0,3	0,5	0,4	0,3	0,4	0,5
Bauten	-0,2	-0,8	-0,2	-0,9	-0,7	-0,3	-0,1
Ausfuhr	1,0	0,7	0,8	0,8	0,5	0,6	1,0
Einfuhr	3,0	-0,1	0,6	0,4	-0,5	0,4	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	1,0	0,6	0,7	1,0	1,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 906,6	1 933,4	1 982,5	909,8	1 023,6	930,2	1 052,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 518,8	1 540,6	1 581,5	723,5	817,1	740,6	840,8
Nettolohn- und -gehaltsumme	981,3	995,1	1 017,7	469,5	525,7	480,7	537,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	840,1	914,0	954,0	463,2	450,7	479,2	474,8
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	768,4	833,6	856,0	422,3	411,3	430,5	425,5
Entnahmen ³⁾⁴⁾	696,6	744,2	776,0	384,2	360,0	390,5	385,5
Nichtentnommene Gewinne	71,8	89,4	80,0	38,0	51,3	40,0	40,0
Volkseinkommen	2 746,7	2 847,3	2 936,5	1 373,0	1 474,3	1 409,4	1 527,1
Abschreibungen	472,5	483,2	495,4	240,2	242,9	246,1	249,3
Indirekte Steuern ./ Subventionen	393,0	404,7	420,1	196,6	208,1	205,0	215,1
Bruttosozialprodukt	3 612,2	3 735,2	3 852,1	1 809,8	1 925,3	1 860,4	1 991,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,2	1,4	2,5	1,0	1,8	2,2	2,8
Bruttolohn- und -gehaltsumme	-0,5	1,4	2,7	1,0	1,9	2,4	2,9
Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,8	1,4	2,3	0,9	1,9	2,4	2,1
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,1	1,6	2,2	1,5	1,7	1,9	2,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	-0,3	1,6	1,8	1,4	1,6	1,9	1,7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,9	8,8	4,4	10,7	6,9	3,4	5,3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,7	8,5	2,7	10,0	7,0	2,0	3,4
Entnahmen ³⁾⁴⁾	6,5	6,8	4,3	9,2	4,5	1,6	7,1
Volkseinkommen	2,7	3,7	3,1	4,1	3,3	2,6	3,6
Abschreibungen	2,4	2,2	2,5	2,3	2,2	2,4	2,6
Indirekte Steuern ./ Subventionen	3,6	3,0	3,8	1,5	4,4	4,3	3,4
Bruttosozialprodukt	2,8	3,4	3,1	3,5	3,3	2,8	3,4

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	981,3	995,1	1 017,7	469,5	525,7	480,7	537,0
Übertragene Einkommen ⁵⁾	630,6	637,7	644,8	318,3	319,4	321,1	323,7
Entnahmen ³⁾	831,5	870,5	920,0	436,4	434,2	458,4	461,6
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	38,4	38,5	38,7	19,2	19,3	19,3	19,4
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	65,3	66,5	66,9	33,6	32,9	33,5	33,4
Verfügbares Einkommen	2 339,6	2 398,4	2 476,8	1 171,3	1 227,1	1 207,4	1 269,5
Privater Verbrauch	2 084,0	2 135,9	2 201,5	1 042,5	1 093,4	1 072,3	1 129,3
Ersparnis	255,6	262,5	275,3	128,8	133,7	135,1	140,2
Sparquote (%) ⁷⁾	10,9	10,9	11,1	11,0	10,9	11,2	11,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	-1,8	1,4	2,3	0,9	1,9	2,4	2,1
Übertragene Einkommen ⁵⁾	1,2	1,1	1,1	1,0	1,2	0,9	1,4
Entnahmen ³⁾	5,9	4,7	5,7	5,0	4,4	5,0	6,3
Verfügbares Einkommen	1,6	2,5	3,3	2,4	2,6	3,1	3,5
Privater Verbrauch	2,2	2,5	3,1	2,4	2,6	2,9	3,3
Ersparnis	-2,5	2,7	4,9	2,2	3,2	4,9	4,9

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1998 und 1999

	1997	1998	1999	1998		1999	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	822,1	846,9	891,9	398,9	448,1	417,8	474,1
Sozialbeiträge	731,2	744,4	761,4	355,9	388,5	363,0	398,4
Erwerbseinkünfte	39,4	53,6	40,8	37,4	16,2	24,3	16,5
Sonstige Einnahmen	41,5	41,9	42,7	17,7	24,2	18,0	24,7
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	41,8	43,6	44,7	20,2	23,4	20,8	23,9
Einnahmen insgesamt	1 676,0	1 730,4	1 781,4	830,1	900,3	843,9	937,6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	705,2	714,3	725,5	337,3	377,0	342,2	383,3
Zinsen	135,9	141,4	146,0	70,4	71,1	72,8	73,2
Laufende Übertragungen	821,9	834,1	846,0	409,3	424,8	414,3	431,7
Private Haushalte	696,1	706,4	714,6	352,6	353,8	356,2	358,4
Unternehmen	69,3	69,5	70,6	27,3	42,3	27,6	43,1
Übrige Welt	56,5	58,2	60,8	29,5	28,8	30,6	30,2
Vermögensübertragungen	45,4	50,0	51,4	20,1	29,9	20,2	31,1
Bruttoinvestitionen	69,5	67,2	66,1	29,2	38,0	28,4	37,7
Ausgaben insgesamt	1 777,9	1 807,0	1 835,0	866,3	940,8	878,0	957,0
Finanzierungssaldo	-101,9	-76,6	-53,5	-36,1	-40,5	-34,1	-19,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,4	3,0	5,3	2,7	3,3	4,7	5,8
Sozialbeiträge	3,7	1,8	2,3	1,6	2,0	2,0	2,5
Erwerbseinkünfte	-0,6	36,2	-24,0	62,3	-0,6	-35,2	1,9
Sonstige Einnahmen	0,1	0,9	1,9	0,5	1,1	1,7	2,1
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	3,7	4,3	2,5	3,5	5,0	2,7	2,4
Einnahmen insgesamt	1,9	3,2	2,9	3,9	2,6	1,7	4,1
Ausgaben							
Staatsverbrauch	0,1	1,3	1,6	0,9	1,6	1,4	1,7
Zinsen	3,1	4,1	3,3	4,2	4,0	3,5	3,0
Laufende Übertragungen	1,2	1,5	1,4	1,0	1,9	1,2	1,6
Private Haushalte	1,7	1,5	1,2	1,4	1,5	1,0	1,3
Unternehmen	-4,6	0,3	1,6	0,1	0,4	1,1	1,9
Übrige Welt	2,9	3,0	4,5	-2,5	9,5	3,9	5,0
Vermögensübertragungen	0,0	10,1	2,7	11,1	9,4	0,7	4,0
Bruttoinvestitionen	-9,4	-3,2	-1,7	-5,4	-1,5	-2,8	-0,8
Ausgaben insgesamt	0,4	1,6	1,5	1,2	2,0	1,4	1,7

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (1991 = 100). — ³⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁴⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — ⁵⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — ⁶⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — ⁷⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — ⁸⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; einschließlich Bundesbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds.

Quellen: 1997 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und eigene Berechnungen. 1998 und 1999 Schätzungen bzw. Prognose des DIW.

ker mit der Geldpolitik einen Kurs der Inflationsbekämpfung fahren. Die Abbildung 20 belegt dies: Während sich nach dem Ende der Rezession, die in allen Regionen durch eine inverse Zinsstruktur eingeleitet wurde, die Zinsstruktur in Westdeutschland und den USA rasch wieder normalisierte, blieb sie in den übrigen EWU-Ländern nahe der Nulllinie, also in einem Bereich, der für eine rezessive Phase kennzeichnend ist.

Diese Erklärung paßt unzweifelhaft auf das Muster des Entstehens von Arbeitslosigkeit in den drei betrachteten Regionen. Westdeutschland weist eine bessere Entwicklung auf, weil sich — ebenso wie in den USA — die monetären Bedingungen im Verlaufe der 80er Jahre rasch normalisierten. In Westdeutschland war neben einer hohen Flexibilität der Reallöhne auch eine hohe nominale Flexibilität gegeben. Dafür, daß die reale Flexibilität von Bedeutung gewesen wäre, gibt es freilich keine Hinweise, da die USA

bei weit geringerer realer Flexibilität dennoch am Arbeitsmarkt äußerst erfolgreich waren.

Erst Anfang der 90er Jahre fiel auch Westdeutschland hinter die USA zurück, weil sich die monetären Bedingungen schon Ende der 80er Jahre dramatisch verschlechtert hatten. Deutschland zog auch die übrigen Länder der EWU mit sich, nachdem die expansiven Effekte von Seiten der Finanzpolitik im Jahre 1992 an Kraft verloren hatten. Seit 1994 herrschen in Europa erstmals nach fast 15 Jahren andauernder monetärer Restriktionen wieder normale Zinsbedingungen. Die Chancen, die sich daraus ergeben, haben inzwischen einige EWU-Länder zu einer Anregung ihrer Wirtschaft genutzt. Westdeutschland ist das viel weniger gut gelungen, weil zunächst die Aufwertung der D-Mark, dann der restriktive Kurs der Finanzpolitik und nicht zuletzt die deflationäre Lohnpolitik eine durchgreifende Nachfragebelebung verhindert haben.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postle, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304